

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

1. Sitzung

Hannover, den 30. März 1998

Inhalt:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten 1	Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Schriftführerinnen und Schriftführer 16
Alterspräsident Heineking 1	
Feststellung der Beschlußfähigkeit durch den Alterspräsidenten 4	Feststellung der Konstituierung des Landtages der 14. Wahlperiode 17
Alterspräsident Heineking 4	
Mitteilung über die Bildung der Fraktionen 6	Wahl des Ministerpräsidenten 17
Genehmigung der Tagesordnung 6	Schröder, Ministerpräsident 20
Wahl des Landtagspräsidenten 7	Vereidigung der Landesregierung 21
Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten 7	Schröder, Ministerpräsident 21
(Erste Beratung): Entwurf einer Geschäftsordnung für den Landtag der 14. Wahlperiode - Drs 14/1 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs 14/3 - Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs 14/4 und 14/5 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs 14/6 9	Glogowski, Innenminister 21
Schröder (Bad Münder) (GRÜNE) 10	Aller, Finanzminister 21
Bartling (SPD) 11	Alm-Merk, Sozialministerin 21
Eveslage (CDU) 12	Jürgens-Pieper, Kultusministerin 21
Senff (SPD) 14	Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 21
Abstimmung und Ausschußüberweisung 14	Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 21
	Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten 22
	Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur 22
	Jüttner, Umweltminister 22
	Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten 22
	Schröder, Ministerpräsident 22
	Nächste Sitzung 46

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführerin	Jahn (SPD)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Dr. Steinmeier, Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	Staatssekretär Schapper, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretärin Zypries, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusministerin Jürgens-Pieper (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Dr. Weber (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltminister Jüttner (SPD)	Staatssekretär Schulz, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 11.04 Uhr.

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Heineking:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur heutigen konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode heiße ich Sie alle herzlich willkommen.

Nach parlamentarischem Brauch leitet der oder die älteste Abgeordnete die erste Sitzung des neugewählten Landtages bis zur Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten.

Ich bin Willi Heineking aus Landesbergen, im Wahlkreis 49, Nienburg-Süd, direkt gewählter Abgeordneter dieses Landtages.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich bin glücklich verheiratet,

(Heiterkeit und Beifall)

habe vier erwachsene Kinder und wurde am 6. Februar 1933 in Landesbergen an der Weser geboren. Ich frage nun, ob sich in diesem Raum unter den gewählten Mitgliedern des Niedersächsischen Landtages jemand befindet, der vor dem 6. Februar 1933 geboren ist. - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß ich zu Recht hier oben sitze.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich betrachte es natürlich als eine besondere Auszeichnung, dieser ersten Sitzung des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode als Alterspräsident vorsitzen zu dürfen, die ich hiermit offiziell eröffne.

Ich begrüße sehr herzlich die vielen Gäste, die unsere Sitzung heute begleiten und die uns mit ihrer Anwesenheit Mut machen, unsere parlamentarische Arbeit mit frischem Schwung und allen guten Wünschen und Vorsätzen anzugehen. Es sind so viele wichtige und verdiente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unter unseren heutigen Besuchern, daß Sie es mir nachsehen mögen,

daß ich Sie nicht persönlich und namentlich erwähne.

Sehr herzlich begrüße ich auch die Bürgerinnen und Bürger, die den Verlauf der heutigen Sitzung per Rundfunk oder sogar per Fernsehen verfolgen.

Ich begrüße auch die Vertreter der Medien und darf sie zugleich bitten, uns durchaus kritisch, aber auch fair während der nächsten fünf Jahre zu begleiten. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden Ihnen für eine sachliche Berichterstattung aus dem Landtag dankbar sein.

In unserer Mitte befinden sich zwei Kollegen, die heute an diesem wichtigen Tag Geburtstag haben. Es sind Uwe Schwarz, der 41 Jahre alt geworden ist,

(Beifall bei allen Fraktionen)

und Dr. Otto Stumpf, der heute 58 Jahre alt geworden ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Beiden gratuliere ich im Namen des ganzen Hauses recht herzlich.

An die Adresse von Herrn Dr. Stumpf darf ich noch hinzufügen: Wenn die Verjüngung dieses Hohen Hauses in demselben Tempo fortschreitet wie in den zurückliegenden Jahren, werden Sie, lieber Herr Dr. Stumpf, vielleicht der Alterspräsident in der nächsten Wahlperiode sein. Denn 1986, als ich mit vielen Freunden in diesen Landtag eingezogen bin, war der Alterspräsident noch 73 Jahre alt. Heute ist er 65 Jahre alt und im Jahr 2003 dann vielleicht - - -

(Heiterkeit)

Auf jeden Fall noch jünger!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, un nu will ik jo mal soon lüttgen plattdütschen Schlenker hier präsentieren.

(Heiterkeit)

Wenn man use schöne plattdütsche Sprake ok nich in use Niedersässische Verfassung upnomen het, so schöll man doch an soon Dag wie vedaage hier mal daran erinnern, dat de meisten Lüe in Nede-sassen doch upp'n Lanne leben dout un dat se ok noch de plattdütsche Sprake beherrschet und ok jümmer gern hört. Use NDR de makt ja sogar

up'n Anrufbeantworter all de Antwort up Platt. Da hää ik mi dacht, denn kannst'e hier ok mal soon paar Sätze up Platt seggen. Un up Platt, dor kann man dat ja so schön röwerbringen, dor kann man ok ein'n mal de Menung seggen, un he es ok gor nich glik beleidigt.

Un wenn man bedenket, dat de Urzellen von de Demokratie ute Kommunalpolitik hervörgahn sind, dann is doch vedaage hier mal de richtige Ort, so eenige Sätze up Plattdütsch röwertobringen un ok mal dat to seggen, wat de veelen ehrenamtlichen fliedigen Kommunalpolitiker so von'n Landtag, von'n Bundestag un von'n Europäischen Parlament so denken doun. De bewundert ja, dat we so fliedig sind, dat we denn so vööl Gesetze, Erlasse, Rechtsvorschriften, Verfahrensvorschriften un Ausführungsvorschriften för de erlaten dout, dat se gor nich mehr allene handeln könn. Un ik meene, man mut dat ok mal seggen. Sei häbt ja nu all jümmer för ire Arbeit noch gaue Hauptverwaltungsbeamte, de dat eigentlich alles so regeln können. Aber we mögt ja glöben, dat we all't von booben so regeln schölen.

Ik meene, düsse Lue mit veel Sach- und Fachverstand seet dat eigentlich ganz gern, wenn se sülm ok noch son bidgen entscheiden können. Un darum will ik mal so'n lüttget Beispiel seggen, wie dat denn so togat. Da was denn eine Gemeinde, de was nun ganz stolz, dat se en Investor hebben, und de wolln dat richtige ökologische Zeitalter nu inne Gemeinde ok inleiten. Nun woll de Investor zwei Windkraftanlagen bauen. Nun woll die Gemeinde dat auch glik besluten. „Jo, so flink gat dat nich“, seggt de Verwaltungsbeamte. „60 Stellen müssen erst mal angehört und deren Meinung muß eingeholt werden.“ Dat is ein Beispiel, dat stimmt. Und wie denn desse ganze Stellungnahmen da wern, dat was so von guter Befürwortung, von krassen Widersprüchen, und ein meen sogar, dat Liebesleben von de Mücken würde beeinträchtigt. Und alles wat't denn da so givt. Da können se dat immer noch nicht besluten. Da müst erst mal en Gutachten erstellt werden, dann noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung und dann auch noch 'ne Standortanalyse. Und wie dat alle do was, da wull de Investor nich mehr. Fazit: Wieder mehr Entscheidungsbefugnisse nach unten verlagern und verantwortungsvollen Leuten Entscheidungen ermöglichen!

(Beifall bei der CDU)

Nun no mal zwei Sätze, wie dat mit den Geld denn gat. Mit den Geld ist dat immer ok so eine besondere Sache. Wenn man twischen Dumen und Zeigefinger sick so wundschüren deit und wenn man nix mehr inne Kiepen het, denn segget se op'n Lanne: „Ohne Moos nix los“. Wat freuer so op'n Lanne denn Geld an de Leddigen krümmen, da slat sik de besten Pere. Darum meen ik ok, wi schölen alle jetzt neid dafür sorgen, dat die Kommunen eren kommunalen Finanzausgleich krieget, und wie schölen ok gar nich knickrich weeden. Det kummt so för düsse Fründe da in de Kommunalpolitik ob den letzten Groschen go nich an. Und schon in der Bibel steht geschrieben: „Geben ist seliger denn nehmen“. Und wer gerne gibt, dem wird's der Herr danken.

(Beifall bei der CDU und vom Abgeordneten Senff [SPD])

Ich beginne nun, nach diesem kleinen plattdeutschen Schlenker, mit einigen Regularien, die notwendig sind, die konstituierende Sitzung sachgerecht abzuwickeln.

Die Geschäftsordnung des vorherigen Landtages ist nicht mehr in Kraft. Bis zur Entscheidung über die Geschäftsordnung für den Landtag der 14. Wahlperiode ist unser Verfahren daher letztlich noch unregelt, soweit nicht die Verfassung Vorschriften bereithält. Es hat sich aber für die vor der Entscheidung über die Geschäftsordnung liegenden Punkte der Tagesordnung durch die Praxis ein parlamentarisches Gewohnheitsrecht gebildet, das auch Niederschlag in der Geschäftsordnung des vorherigen Landtages gefunden hat. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, werden wir auf diese Punkte die entsprechenden Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages der 13. Wahlperiode anwenden. Das sind § 2 - Bildung der Fraktionen -, § 68 - Erste Sitzung des Landtages - und § 9 - Beschlußfähigkeit. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann kann so verfahren werden.

Im übrigen gilt Artikel 21 Abs. 4 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung, wonach der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließt, sofern die Verfassung selbst nichts anderes bestimmt.

Zur Komplettierung des heutigen Interimspräsidiums ist es notwendig, aus der Mitte des Hauses zwei Abgeordnete aufzurufen, die bis zur Wahl des Präsidiums mit mir gemeinsam den Sitzungs-

vorstand bilden. Als vorläufige Schriftführer werden üblicherweise - auch dies ist langjähriger parlamentarischer Brauch - die jüngste und der jüngste Abgeordnete benannt. Das sind nach den mir vorliegenden Unterlagen die Abgeordnete Frau Birgit Meyn-Horeis von der SPD-Fraktion, geboren am 25. Januar 1962, und der Abgeordnete David McAllister von der CDU-Fraktion, geboren am 12. Januar 1971. Ich frage beide, ob sie bereit sind, dieses vorläufige Amt zu übernehmen.

(Frau Meyn-Horeis [SPD]: Ja! -
McAllister [CDU]: Ja!)

- Das ist der Fall. Ich bitte Sie, Ihre Plätze hier neben mir einzunehmen.

(Die beiden Schriftführer nehmen ihre Plätze am Präsidententisch ein - Beifall)

Ich danke Ihnen beiden, daß Sie dieses vorübergehende Amt angenommen haben.

Ich stelle fest, daß der Sitzungsvorstand damit komplett ist.

Meine Damen und Herren! Viele Kolleginnen und Kollegen aus der 13. Wahlperiode haben wieder ein Landtagsmandat errungen. Für andere aber bedeutet der heutige Tag das endgültige oder vielleicht auch nur das vorläufige Ende ihrer Tätigkeit im Landesparlament, dem sie zum Teil viele Jahre angehört haben. Stellvertretend für alle Ausgeschiedenen möchte ich meinen Vorgänger im Amt des Alterspräsidenten, Herrn Christoph von Bredow, und den langjährigen Abgeordneten und ehemaligen Landtagspräsidenten Horst Milde nennen.

(Beifall)

Diejenigen, die mit dem heutigen Tag aus diesem Hause ausgeschieden sind und nun vielleicht noch als Gäste und Freunde bei uns sind, begleiten unsere besten Wünsche.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus der Sicht des Landtags seniors noch einige wenige Gedanken an Sie richten. Wir alle, wir alten Hasen einerseits und die Neulinge in diesem Parlament andererseits, müssen nach meiner Überzeugung alles daransetzen, um die Glaubwürdigkeit unserer parlamentarischen Demokratie zu verbessern. Dazu gehört, daß es uns gelingt, der

Öffentlichkeit und den Besuchern im Landtag das richtige Bild vom parlamentarischen Geschehen zu vermitteln.

Wir sollten uns zum Beginn unserer parlamentarischen Arbeit auf den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler besinnen, denn für diese sind wir hier. Wir alle gemeinsam haben den Auftrag, für sie und für unser schönes Land Niedersachsen zu arbeiten. Diese schlichte Erkenntnis verdeutlicht die von uns mit der Annahme des Mandates übernommene Verpflichtung.

Zu den in meinen Augen selbstverständlichen Pflichten der Mitglieder dieses Hohen Hauses gehört es auch, mit den Steuermitteln der Bürgerinnen und Bürger in sparsamster Weise umzugehen. Ich meine, wir alle gemeinsam sollten überlegen, inwieweit nicht gerade von diesem Landtag ein eindeutiges Signal ausgehen könnte. Wir dürfen nicht immer nur vor den Wahlen vom schlanken Staat sprechen, sondern wir müssen, da wir nun in dieser Verantwortung stehen, in glaubwürdiger Weise eine Vorbildfunktion erfüllen.

Auch einige Veränderungen hat es in diesem Landtag gegeben. Wir haben inzwischen einen zweifachen geistlichen Beistand, und wir haben es geschafft, zwischen 1986 und 1998 den Frauenanteil in diesem Hause von damals 12,9 % auf jetzt 26,8 % zu erhöhen.

(Beifall)

Die Zahl der Handwerksmeister haben wir damals, 1986, als ich in diesen Landtag einzog, mit fünf feststellen können. Heute haben wir noch einen tätigen Handwerksmeister unter uns. Dabei hat doch nun gerade das Handwerk in den letzten Jahren positive Schlagzeilen gemacht - nicht zuletzt, weil das Handwerk immer bereit war, in dieser angespannten Situation immer noch mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, als vorher vorhanden waren. Ich glaube, das verdient einmal ein Lob für Handwerk und Mittelstand.

(Beifall)

Wir sollten uns alle ein Beispiel daran nehmen und es als eine vordringliche Aufgabe ansehen, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu führen, möglichst allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Als Mittelständler, der in den letzten Jahren immer überdurchschnitt-

lich ausgebildet hat, weiß ich sehr wohl, wovon ich rede.

Ich habe die gute Geste dieses Hauses noch in Erinnerung, daß Sie, Herr Milde, es damals als Landtagspräsident für notwendig angesehen haben, hier mit allen Verantwortlichen, mit uns und mit einer Klasse aus Salzgitter zu diskutieren, die Probleme anzusprechen und nach weiteren Lösungen zu suchen.

Die Mehrheitsverhältnisse im Niedersächsischen Landtag der 14. Wahlperiode sind eindeutig und klar. Für die einen ist dies Genugtuung,

(Beifall bei der SPD)

für die anderen eine kleine Enttäuschung. Wie dem auch sei, die Wählerinnen und Wähler Niedersachsens haben es so gewollt. Die Mitglieder der Oppositionsfractionen werden hier im Hause nach demokratischem Brauch getroffene Mehrheitsentscheidungen akzeptieren, und die Tatsache, daß wir es eben nicht mit knappen Mehrheitsverhältnissen zu tun haben, wird unseren künftigen Debatten gewiß auch die sonst gelegentliche Abstimmungshektik ersparen. Wir haben, so gesehen, vielleicht die Chance, uns auf das wirklich Wesentliche zu konzentrieren, auf das Artikulieren von Pro und Kontra, auf das Darstellen der unterschiedlichen Positionen.

So selbstverständlich, wie sich die Mitglieder der Oppositionsfractionen den gegebenen Mehrheiten beugen müssen, so sollten es sich die Mitglieder der Regierungsfraction versagen, der „Arroganz der Macht“ zu verfallen -

(Beifall bei der CDU)

müssen sie sich doch ständig vergegenwärtigen, daß auch die Mitglieder der anderen Fractionen einen demokratisch legitimierten Auftrag haben und Vertreter des ganzen Volkes sind. Die demokratische Parlamentskultur lebt davon, auch die Anliegen einer Minderheit als legitim, als beachtenswert, als berücksichtigungsfähig anzuerkennen!

Zu der notwendigen Beschränkung auf das Wesentliche, von der ich eben sprach, gehört wohl auch, daß wir uns bei unseren Debatten auf die spezifischen Probleme Niedersachsens konzentrieren müssen und daß wir aufhören, uns hier mit bestimmten Bundes- und Europafragen herumzu-

streiten, die wir sowieso nicht ändern können und für die wir auch eigentlich kein Mandat haben. In diesem Sinne appelliere ich an Ihre Bereitschaft, die nötigen Problemlösungen gemeinsam zu erarbeiten und fraktionsübergreifend zu tragen.

Es liegt an uns, im richtigen Umfang Gemeinsamkeit zu demonstrieren, ohne dabei die Konturen der Parteien und Fractionen zu verwischen. Unsere Wähler werden es uns danken, wenn wir sachbezogen arbeiten und ein positives Beispiel geben.

Es liegt an uns, gemeinsam darauf hinzuwirken, daß wir die Spielregeln menschlichen Umgangs und gegenseitiger Wertschätzung trotz aller Auseinandersetzung wahren. In angemessenem, menschlich ansprechendem Niveau und manchmal auch mit freundschaftlichem Brückenschlag - daran liegt mir sehr - sollten wir den Ton dieses Hauses bestimmen. Auf diese Weise dürfte es uns gleichzeitig leichtfallen, allen extremen Positionen eine nachdrückliche und eindeutige Absage zu erteilen.

Wenn ich diesem Landtag als Alterspräsident noch einen Wunsch mit auf den Weg geben darf - ich bitte, dies keineswegs parteipolitisch mißzuverstehen -, so ist es die Bitte, sich gemeinsam der bedrückenden Finanznot der Kommunen anzunehmen, damit unser demokratisches System auf dieser wichtigen Ebene nicht dauerhaften Schaden nimmt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe das auf Plattdeutsch gesagt. Für den Fall, daß das nicht alle verstanden haben, habe ich dies noch einmal gesagt.

Ich wiederhole noch einmal gerne: Die Kommunalpolitik ist die Urzelle der Demokratie. Sie kann es in Zukunft nur bleiben, wenn Sie über den notwendigen finanziellen Spielraum verfügt. Es liegt an uns allen, in den nächsten fünf Jahren dafür zu sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns nun mit Mut und Zuversicht gemeinsam in die Zukunft gehen. Dem Landtag der 14. Wahlperiode wünsche ich ein erfolgreiches Wirken in Frieden und Freiheit zum Wohl aller Menschen in unserem Lande.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen jetzt zur

Feststellung der Beschlußfähigkeit durch den Alterspräsidenten

Dabei ist es mein Wunsch, daß Sie, verehrte Landtagskolleginnen und -kollegen, nach der Namensnennung von hier oben durch meine Kollegin Frau Meyn-Horeis bitte einzeln an Ihrem Platz aufstehen mögen, damit wir uns schon ein bißchen näher kennenlernen.

Ich bitte Sie, Frau Kollegin, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführerin Meyn-Horeis verliest die Namen der Abgeordneten:)

Adam
Aller
Frau Alm-Merk
Althusmann
Frau Dr. Andretta
Bachmann
Bartling
Beckmann
Behr
Biallas
Biel
Dr. Biester
Biestmann
Frau Bockmann
Bontjer
Bookmeyer
Brauns
Buchheister
Frau Bührmann
Busemann
Buß
Coenen
Collmann
Frau Conrady
Decker
Dinkla
Dr. Domröse
Frau Eckel
Ehlen
Frau Elsner-Solar
Endlein
Eppers
Frau Evers-Meyer
Eveslage
Fasold

Fischer
Dr. Fischer
Funke
Gabriel
Gansäuer
Glogowski
Frau Goede
Dr. Göttner
Golibrzuch
Grote
Groth
Frau Grundmann
Haase
Hagenah
Frau Hansen
Harden
Frau Harms
Haselbacher
von der Heide
Heineking
Heinemann
Frau Hemme
Hepke
Hogrefe
Hoppenbrock
Horrmann
Inselmann
Jahn
Frau Jahn
Frau Jahns
Jansen
Frau Janßen-Kucz
Jüttner
Kethorn
Klare
Klein
Knebel
Koch
Frau Körtner
Kopischke
Krumfuß
Frau Kruse
Lanclée
Frau Lau
Lestin
Frau Leuschner
Lindhorst
Frau Litfin
Lücht
McAllister
Meier
Meinhold
Frau Meyn-Horeis

Mientus
Möhrmann
Möllring
Mühe
Frau Mundlos
Nolting
Oestmann
Ontijd
Oppermann
Frau Ortgies
Frau Pawelski
Peters
Frau Philipps
Pickel
Plaue
Pörtner
Frau Pothmer
Frau Pruin
Rabe
Räke
Reckmann
Robbert
Rolfes
Frau Rühl
Frau Saalman
Schack
Schirmbeck
Frau Schliepack
Schlüterbusch
Dr. Schneider
Schröder (Hannover)
Schröder (Bad Münder)
Schünemann
Schumacher
Dr. Schultze
Schurreit
Frau Schwarz
Schwarz
Schwarzenholz
Frau Seeler
Sehrt
Senff
Frau Somfleth
Frau Steiner
Frau Stokar von Neuforn
Stolze
Stratmann
Dr. Stumpf
Frau Tinius
Frau Trost
Viereck
Frau Vockert
Frau Vogelsang

Voigtländer
Watermann
Dr. Weber
Wegner
Wendhausen
Wenzel
Wernstedt
Wiesensee
Dr. Winn
Frau Wörmer-Zimmermann
Wojahn
Wolf
Wolfkühler
Wulf (Oldenburg)
Wulff (Osnabrück)
Frau Zachow

(Beifall)

Alterspräsident Heineking:

Vielen Dank, Frau Kollegin Meyn-Horeis.

Meine Damen und Herren! Es sind 157 Abgeordnete in den Niedersächsischen Landtag der 14. Wahlperiode gewählt worden. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß 157 Mitglieder des Landtags anwesend sind. Der Landtag ist daher beschlußfähig. Er wäre auch beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtags anwesend wären. Ich stelle hiermit die Beschlußfähigkeit des Hauses noch einmal offiziell fest.

Wir kommen jetzt zur

Mitteilung über die Bildung der Fraktionen

Ich kann Ihnen mitteilen, daß sich im Landtag der 14. Wahlperiode drei Fraktionen konstituiert haben: die SPD-Fraktion mit 83 Mitgliedern,

(Beifall)

die CDU-Fraktion mit 62 Mitgliedern

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 12 Mitgliedern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Genehmigung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Landtags der 13. Wahlperiode hat eine Tagesordnung für den ersten Tagungsabschnitt der 14. Wahlperiode aufgestellt, die Ihnen mit der Einladung schriftlich zugegangen ist. Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen mir nicht vor. Ich lasse daher über die Tagesordnung in der vorgelegten Form abstimmen. Wer ist für die Annahme dieser Tagesordnung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur

Wahl des Landtagspräsidenten

Nach Artikel 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Nach Parlamentsbrauch ist die stärkste Fraktion dieses Hauses vorschlagsberechtigt. Das ist die SPD-Fraktion. Sie hat den Abgeordneten Rolf Wernstedt schriftlich vorgeschlagen.

Die Wahl kann durch Handzeichen vorgenommen werden, wenn kein Mitglied des Landtages widerspricht. Ich frage daher, ob sich gegen die Wahl durch Handzeichen Widerspruch erhebt. - Das ist nicht der Fall. Darum darf ich feststellen, daß Sie, Herr Professor Wernstedt,

(Unruhe)

vorgeschlagen sind, wollte ich sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich glaube, daß das auch richtig gewesen wäre.

(Heiterkeit)

Ich bitte diejenigen, die den Abgeordneten Rolf Wernstedt wählen wollen, um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Rolf Wernstedt einstimmig zum Präsidenten dieses Hauses gewählt worden ist. Herr Abgeordneter Wernstedt, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Präsident Wernstedt: Ich nehme die Wahl an, Herr Alterspräsident! - Starker Beifall im ganzen Hause - Zahlreiche Abgeordnete beglückwünschen den neugewählten Präsidenten)

Ich darf noch ein paar Sätze von hier oben an alle richten.

Sehr geehrter Herr Präsident, darf ich jetzt sagen, ich spreche Ihnen zu Ihrer Wahl die Glückwünsche des gesamten Hauses aus. Wir wünschen und hoffen, daß Sie ein gerechter und fürsorglicher Präsident sein werden, der mit glücklicher Hand die Geschicke des Hauses leitet und sein Amt zum Wohle des Landes wahrnimmt.

Ich bitte Sie nunmehr, diesen schönen Platz einzunehmen und die Sitzung weiter zu leiten.

(Starker Beifall im ganzen Hause - Alterspräsident Heineking beglückwünscht den neugewählten Präsidenten und überreicht ihm das „Guinness-Buch der Rekorde“, in dem auch ein niedersächsischer Landtagsabgeordneter mit einem Umweltrekord verzeichnet ist)

Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen sehr für das Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl zum Präsidenten des Niedersächsischen Landtages ausgesprochen haben. Ich will dieses Amt nach Kräften gerecht, unparteiisch und sachlich führen und hoffe dabei selbstverständlich auf Ihre Unterstützung.

Herr Alterspräsident Heineking, Ihnen gebührt der Dank des gesamten Hauses für die so sympathische, aber auch eigenwillige Verhandlungsführung.

(Heiterkeit und Beifall)

Als Sie angefangen haben, auf plattdeutsch zu reden, dachte ich: Er wird den Platz da oben niemals räumen.

(Heiterkeit)

Ik glöv, er het sin Sach gaut mokt.

(Beifall bei der CDU)

Allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der 13. Wahlperiode, die nicht mehr Mitglieder dieses Landtages sind, gilt mein Gruß und auch mein Dank. Die Abgeordnetentätigkeit verlangt, wenn man sie ernst nimmt, immer mehr als nur pflichtgemäßes Handeln; und Sie, die alten Abgeordneten, haben dies mit Bravour getan. Den neuen, also den neugewählten Mitgliedern dieses Hauses auf allen Seiten, die ich herzlich willkommen heiße, wünsche ich, daß sie sich möglichst schnell einarbeiten und uns wiedergewählten -, also den alten - Abgeordneten ihre unverbrauchte Frische und auch ihren Ideenreichtum spüren lassen.

Ein besonderer Dank gilt meinem Vorgänger Horst Milde. Sie, Herr Milde, haben in den vergangenen acht Jahren Ihr Amt souverän, mit Autorität und Leidenschaft geführt und die Würde des Parlaments überall verteidigt.

(Beifall)

In Ihre Amtszeit fällt die Verabschiedung der Niedersächsischen Verfassung, die ja erst nach der Einheit Deutschlands möglich geworden war. Mit der Enthüllung des Landesdenkmals für die Göttinger Sieben vor wenigen Tagen vor dem Landtag haben Sie uns und allen nachfolgenden Landtagen eine anschauliche und auch nachhaltige Erinnerung und die Mahnung hinterlassen, die Verfassungstreue und die Bindung an den Rechtsstaat immer höher zu bewerten als persönliche Rücksichtnahmen. Wir danken Ihnen dafür.

(Beifall)

Aus der Reihe der zahlreichen Gäste des heutigen Tages will ich nur den ehemaligen Landtagspräsidenten Dr. Edzard Blanke namentlich begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie da sind.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegt am Beginn dieser Legislaturperiode daran, auf folgendes aufmerksam zu machen: Wir gehen mit diesem Parlament in das nächste Jahrtausend. Alle Gedanken sind auf die Zukunft gerichtet. In Niedersachsen spüren wir das jeden Tag an den Diskussionen um und an den Entscheidungen für die EXPO. Es wird nicht lange dauern, bis man uns als

die Menschen bezeichnen wird, die aus dem vorigen Jahrhundert stammen. Das wird auch für diejenigen gelten, die sich heute noch ganz jung vorkommen. Diese Bezeichnung ist, wie wir aus dem Sprachgebrauch dieses Jahrhunderts wissen, auch ein bißchen distanzierend und manchmal auch abschätzig gemeint.

Es stellt sich also die Frage, was es denn sein könnte, was aus diesem Jahrhundert auf jeden Fall in das nächste weiterzugeben ist, ohne die nachfolgenden Generationen in ihren freien Entscheidungsmöglichkeiten zu sehr einzuschränken. Nach meiner Einschätzung sind es zwei Dinge: die lebendige Erfüllung des demokratischen Gedankens im Respekt vor den rechtsstaatlichen Institutionen einerseits und andererseits das Bewußtsein, daß sich die Demokratie nicht allein durch die Beschwörung ihrer Institutionen stabilisieren läßt, sondern nur durch die politische Lösung gesellschaftlicher Probleme. Die Akzeptanz der Demokratie ist langfristig nur dann gesichert, wenn die Problemlösungskompetenz für die Menschen konkret erfahrbar wird.

Was die demokratischen Institutionen angeht, so geben uns die Erinnerungen an die Revolution von 1848, die sich in diesem Monat, was Deutschland angeht, zum 150. Male jährt, in ganz Europa eine Anschauung davon, daß Menschen Folterungen, jahrezehntelange Kerkerhaft oder den Tod in Kauf genommen haben, um die Freiheitsrechte, wie sie 1849 erstmals in einem deutschen Verfassungsentwurf standen, durchzusetzen. Diese stehen in Teilen noch heute im Grundgesetz und in der Niedersächsischen Verfassung. Diese Rechte darf man nicht wie einen schlechten Scherz über die Schulter werfen oder tagesaktuellen Opportunitäten opfern. Die zynische, weil erinnerungslose Diskreditierung der demokratischen Rechtsstaatstraditionen dürfen wir nicht zulassen, wir dürfen sie aber auch nicht leichtnehmen. Dabei ist es selbstverständlich, daß wir für Kritik und für Verbesserungen der demokratischen Kultur und auch ihrer Institutionen immer offen sein müssen. Formen direkter demokratischer Beteiligung finden sich ja auch in der neuen Niedersächsischen Verfassung.

Unser Jahrhundert hält aber für uns Deutsche noch eine andere Erfahrung bereit. Aus dem Unvermögen der ersten deutschen Republik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme zu lösen, erwuchs mit Unterstützung oder Duldung wesentlicher Teile der damaligen Eliten der Nationalsozia-

lismus. Die Folgen sind bekannt. Sie reichen unmittelbar bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und mittelbar bis heute. Mehr als 50 Jahre nach der leider notwendigen gewaltsamen Befreiung gibt es keine Schulddebatte für die Nachkriegsgeneration. Das ist gut so. Aber es gibt eine Verantwortungsdimension auch für die Zukunft, wie dies auch bei dem Israel-Besuch des Ministerpräsidenten vor wenigen Tagen zum Ausdruck kam.

Die Lösung der anhaltenden Krise auf dem Arbeitsmarkt, die inzwischen fast dieselbe Größenordnung wie vor 1933 erreicht hat, ist für unser Land daher nicht nur eine ökonomische und soziale, sondern auch eine zutiefst politische und moralische Frage. Die Politik hat eine Bringschuld gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die nicht einfach darin bestehen kann, Geld zu geben, sondern sie muß vor allem Bedingungen schaffen, damit die Menschen ihre Kraft, ihre Intelligenz und ihre schöpferischen Möglichkeiten in Bildung, Ausbildung und Arbeit entfalten können. Es wird immer eine politische Verantwortung bleiben, die notwendige Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialer Gerechtigkeit im Auge zu behalten.

Unter den Bedingungen des globalisierten Marktes und des zusammenwachsenden Europa werden die Menschen vor riesigen Chancen stehen. Sie in der Tradition des sozialen Rechtsstaates anzunehmen, wird das nächste Jahrhundert oder - wenn man so will - Jahrtausend qualitativ von jedem vorangegangenen unterscheiden. Gerade der freiheitlich-demokratische Staat ist auf die aktive Mitarbeit seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen, nicht auf die passive Gleichgültigkeit. Im Rahmen seiner Kompetenzen sollte sich der Niedersächsische Landtag dies immer vor Augen halten, auch wenn es darum geht, in diesem gewaltigen politischen Prozeß, der vor uns steht, Kompetenzen zu verteidigen.

Meine Vorgänger im Amt des Landtagspräsidenten haben alle auf das schlechte Ansehen der Politiker und die grassierende Politikverdrossenheit hingewiesen. Wir selbst, das Parlament, bieten nicht immer eine überzeugende und vorbildliche Vorstellung von parlamentarischem Leben. Ich wünsche mir eine lebendigere und nachvollziehbare Debattenkultur in diesem Hause. Dafür sollten wir noch einmal nach besseren Regelungen suchen. Es ist nicht die Härte der Debatte, die die Menschen - auch viele Besucherinnen und Besucher dieses

Hauses - abstößt. Das geschliffene Wort, die scharfe Polemik, die rhetorische Zuspitzung sind notwendige und auch gewollte Mittel der parlamentarischen Demokratie und gehören zum Bestand abendländischer politischer Kultur. Der Verdruß der Menschen setzt dann ein, wenn die wahllose, grundsätzliche und geradezu ritualisierte Beschimpfung des politischen Gegners beginnt und - was auch ein beliebtes Mittel ist - mit der Unterstellung der prinzipiell moralischen Minderwertigkeit des politischen Gegners gearbeitet wird.

(Beifall)

Es ist eine Illusion zu glauben, durch das moralische Niedermachen des politischen Gegners stiegen automatisch die Chancen der eigenen Partei. Den Schaden hat vielmehr jede Seite der Politik.

Meine Damen und Herren, wir werden in kurzer Zeit bei der Berichterstattung über unsere parlamentarische Arbeit nicht mehr nur auf die Tagesberichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen - wie gut oder abgekürzt sie uns auch immer erscheinen mag - angewiesen sein. Wir werden auch über das Internet authentisch und vollständig erreichbar sein. Auf der CeBIT war in der vergangenen Woche zu hören, daß die Nutzung des Internet explosionsartig zunimmt. Für die Zukunft wird die Akzeptanz unserer Arbeit mehr noch als bisher davon abhängen, wie qualifiziert wir in der Analyse, in der Kritik und im Entwickeln von Alternativen politischer Problemlösungen sind.

Durch die neuen medialen Möglichkeiten wird uns das Volk in Zukunft näher sein - und das ist gut so; denn es ist gleichsam eine Qualitätskontrolle unserer gemeinsamen parlamentarischen Arbeit. Diesen Aspekt der modernen Verwaltungsreform und auch der Wirtschaft sollten wir nicht nur gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und unseren Bediensteten im öffentlichen Dienst gelten lassen, sondern auch uns selbst gegenüber. Qualitätssicherung gilt für alle Bürgerinnen und Bürger. Ich wünsche mir daher, daß man über uns niemals sagen wird, was in der Apostelgeschichte 19, Vers 32 steht:

„Dort schrien die einen dies, die anderen das, und die Versammlung war in großer Verwirrung. Und zum Schluß wußten die meisten nicht mehr, warum sie zusammengekommen waren.“

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche uns, daß wir eine gute 14. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages haben.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Erste Beratung:

Entwurf einer Geschäftsordnung für den Landtag der 14. Wahlperiode - Drs 14/1 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs 14/3 - Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs 14/4 und 14/5 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs 14/6

Als Beratungsgrundlage ist an Sie die Landtagsdrucksache 14/1 - Entwurf einer Vorläufigen Geschäftsordnung - verteilt worden. Dieser Entwurf entspricht wörtlich der zuletzt gültigen Fassung der Geschäftsordnung des Landtages der 13. Wahlperiode. Zu diesem Entwurf liegen die genannten Änderungsanträge vor.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Herr Kollege Schröder!

Schröder (Bad Münde) (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Dingen, die wir gemeinsam in der Geschäftsordnung zu regeln haben, legen wir Ihnen heute zwei Änderungsanträge vor. Die Frage, welche Ausschüsse und Unterausschüsse wir als Landtag einrichten, sollten wir heute entscheiden. Der zweite Änderungsantrag greift die im Ergebnis gescheiterte Debatte der letzten Wahlperiode um eine Parlamentsreform wieder auf; die Vorschläge dazu, wie wir die Beratungen in diesem Hohen Hause lebendiger und aktueller gestalten können, werden wir sicherlich intensiv im Ausschuß erörtern.

Zunächst zu § 10 und damit zu der Frage, welche Ausschußorganisation den aktuellen Anforderungen an die Arbeit des Landtages gerecht wird.

Einvernehmen besteht zwischen den Fraktionen darüber, daß anstelle des bisherigen Ausschusses für öffentliches Dienstrecht und des Unteraus-

schusses „Verwaltungsreform“ ein gemeinsamer Ausschuß für Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht gebildet werden soll.

Darüber hinaus schlagen wir Ihnen folgende Änderungen vor:

Nach unserer Auffassung ist es mit Vernunft kaum erklärbar, daß wir traditionell zwar einen Unterausschuß „Grubensicherheit“ für die wenigen verbliebenen Bergwerke über und unter Tage haben, daß wir aber kein Gremium haben, das sich fachkundig ausschließlich mit den Fragen der nuklearen Sicherheit der vorhandenen und der geplanten Atomanlagen in Niedersachsen befaßt. In den nächsten Monaten, so glauben wir, werden die Auseinandersetzungen um Gorleben und Schacht Konrad in eine entscheidende Phase treten. Unser Land soll, wenn es denn nach dem Willen von Frau Merkel und der Atomindustrie geht, zum Atomklo nicht nur Deutschlands, sondern eines großen Teils Europas werden. Ein Unterausschuß „Nukleare Sicherheit“ entspricht deshalb dem Stellenwert, den die Atompolitik gerade für Niedersachsen hat, und er entlastet zudem den Umweltausschuß, der für eine Vielzahl anderer Themen des technischen Umweltschutzes und des Naturschutzes zuständig bleibt.

Den Verkehrsbereich wollen wir aus dem bisherigen Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr herauslösen, und durch Zusammenfassung mit dem Ausschuß für Häfen und Schifffahrt wollen wir einen Ausschuß bilden, der für alle verkehrspolitischen Fragen zuständig ist, unabhängig davon, ob es sich dabei um Schienen-, Straßen-, Luft- oder Seeverkehr handelt.

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die Sicherung der Berufsbildungschancen für junge Menschen sind die wichtigsten Herausforderungen für die Politik der nächsten Jahre. Wir wollen, daß der Landtag diese Schwerpunktsetzung durch Einrichtung eines Ausschusses für Arbeitsmarkt- und Ausbildungsfragen gemeinsam deutlich macht, zumal sich die bisherige Aufteilung dieser Thematik auf Wirtschafts-, Kultus- und Sozialausschuß nach unserem Eindruck wenig bewährt hat.

Wer einen neuen Ausschuß fordert, der sollte im Interesse einer schlanken, sparsamen Parlamentsorganisation auch angeben, auf welchen Ausschuß er im Gegenzug verzichtet. Wir glauben,

daß in den letzten drei Wahlperioden die Rundfunk- und Medienlandschaft mit ihren Grundlagengesetzen so weitgehend geregelt worden ist, daß ein eigenständiger Medienausschuß nicht mehr zwingend erforderlich ist. Wir schlagen deshalb vor, daß der Ausschuß für Wissenschaft und Kultur auch die Zuständigkeit für den Medienbereich erhält.

(Unruhe bei der SPD)

Die EXPO ist eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen unsere EXPO-kritischen Anträge in allen davon betroffenen Ausschüssen behandelt wissen und können deshalb dem Vorschlag der CDU auf Einrichtung eines Unterausschusses „EXPO“ in der Sache nicht zustimmen.

Kein Verständnis haben wir auch für die Absicht der SPD, den Unterausschuß „Tierschutz“ mit einem Federstrich abzuschaffen, obwohl zu Beginn der letzten Wahlperiode alle drei Fraktionen, auch der Ministerpräsident, diesen neuen Unterausschuß gefordert und begrüßt haben. Mit der Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung ist der alltägliche Skandal um Schlachtviehtransporte, industrielle Massentierhaltung oder auch Tierversuche leider nicht bewältigt.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, will ich noch kurz auf unseren zweiten Änderungsantrag, der die Parlamentsreform betrifft, eingehen.

In der letzten Wahlperiode ist es den Fraktionen trotz umfangreicher Debatte nicht gelungen, sich auf einige Eckpunkte für eine attraktive, von lebendiger Debattenkultur geprägte und aktuelle Ausgestaltung unserer Plenarsitzungen zu verständigen. Wer beispielsweise berufsmäßige Beobachterinnen und Beobachter unserer Arbeit wie die Vertreterinnen und Vertreter der Landespresse hierzu einmal befragt, der wird dazu sehr eindeutige, für uns aber wenig schmeichelhafte Antworten erhalten. Neben kürzeren Fristen für die Einbringung von Aktuellen Stunden und Dringlichen Anfragen wollen wir deshalb den Fraktionen mehr Möglichkeiten geben, ihnen vordringlich erscheinende Themen so auf der Tagesordnung zu platzieren, daß sie von der öffentlichen Berichterstattung noch wahrgenommen werden. Bekanntlich regiert bisher hier das Schema F, nämlich die Reihenfolge des Eingangs der Drucksachen, mit der Folge, daß mitunter hochinteressante Anträge abends gegen 19 Uhr - gewissermaßen unter Ausschluß der Öff-

entlichkeit - behandelt werden, während vormittags Pflichtübungen absolviert werden müssen.

Eine lebendigere Debattenkultur versprechen wir uns zweitens davon, daß die Fraktionen nicht mehr gehalten sind, zu jedem Tagesordnungspunkt ihre Soll-Redezeit auszuschöpfen, sondern durch Redezeitkonten für jeden Tagungsabschnitt endlich die Möglichkeit erhalten, sich zu den Punkten zu äußern, die ihnen wichtig sind, und zwar in einem Umfang, bei dem nicht alle Themen über den gleichen Leisten geschlagen werden.

Ebenso wollen wir den einzelnen Abgeordneten durch individuelle Redezeitkonten von jeweils fünf Minuten pro Tagungsabschnitt zu Wort kommen lassen - in der Erwartung, neben den jeweiligen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionsarbeitskreise auch einmal neue Gesichter und neue Meinungen zu einem Tagesordnungspunkt erleben zu können.

(Möllring [CDU]: Bei euch hat doch jeder einen Posten!)

Das Plenum wollen wir auch dadurch stärken und entlasten, meine Damen und Herren, daß wir die Ausschußberatungen endlich öffentlich machen. Nach unserer Überzeugung gibt es keinen vernünftigen Grund dafür, daß dieses Parlament glaubt, seine Ausschüsse müßten hinter verschlossenen Türen tagen. Das Standardargument, die nichtöffentliche Beratung erleichtere die Einigung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition, darf getrost in das Reich der demokratietheoretischen Märchen verwiesen werden. Gleichzeitig stellt die dahinterstehende Vermutung, Mitglieder des Landtages würden durch die Anwesenheit von Öffentlichkeit und Presse in ihrer Meinungsbildung und Debattenfähigkeit gehemmt, ein unglaubliches Armutszeugnis für freigewählte Abgeordnete dar. Der Deutsche Bundestag hat mit seiner Parlamentsreform 1995 die Öffentlichkeit von Ausschußsitzungen erheblich ausgeweitet. Es ist auch für uns an der Zeit, diesen Schritt nachzuvollziehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Bartling!

(Zuruf)

Bartling (SPD):

Sie brauchen keine Bedenken zu haben, Herr Kollege, daß das zur Sternstunde wird. Ich wollte nur ein paar Anmerkungen machen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schröder, wir sind der Auffassung, daß sich im großen und ganzen die Ausschußstruktur, wie wir sie im Niedersächsischen Landtag auch in der letzten Legislaturperiode hatten, bewährt hat. Wir sind aber der Auffassung, daß wir einiges, was uns überflüssig erscheint, was die parlamentarische Begleitung beinhaltet, nicht weiterführen sollten. Dabei geht es um die beiden Unterausschüsse, und die Zusammenfassung des Unterausschusses „Verwaltungsreform“ und des Ausschusses für öffentliches Dienstrecht erschien uns sinnvoll. Wir sind im Moment nicht bereit, darüber hinaus Veränderungen durchzuführen. Auch die Frage EXPO sehen wir, was das Verfahren zur EXPO anbetrifft, als schon so weit fortgeschritten an, daß wir es nicht für erforderlich halten, jetzt dazu einen Ausschuß einzurichten.

Nun noch eine Anmerkung zu Ihren Bemerkungen über die Parlamentsreform. Die werden wir selbstverständlich im Geschäftsordnungsausschuß erneut diskutieren. Lassen Sie mich dazu aber eine kleine Anmerkung machen, die nicht nur die Fraktion der Grünen betrifft. Wenn dieser Landtag nicht in der Lage ist, an zweieinhalb bis drei Tagen im Monat vollzählig einer Debatte zu folgen, dann können wir uns über Fragen der Parlamentsreform soviel Gedanken machen, wie wir wollen, und in der Geschäftsordnung noch soviel festschreiben. Eine ganz wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und nach außen wirkende Parlamentsarbeit ist diese zweieinhalb- bis dreitägige Anwesenheit. Ich weiß, daß ich das nicht nur in Richtung der Grünen sage.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen erschien mir das als ein erster Schritt für Parlamentsreform als wesentlich wichtiger, als irgendwelche Geschäftsordnungsbestimmungen zu verändern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Kollege Eveslage.

Eveslage (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr einen Unterausschuß „EXPO“ anzugliedern. Wir möchten damit endlich den Landtag in die Vorbereitung der größten Veranstaltung einbinden, die nicht nur unsere Landeshauptstadt Hannover, sondern auch unser ganzes Land Niedersachsen und ganz Deutschland betrifft - die größte Veranstaltung, die wir in unserem Lande überhaupt in der kurzen Geschichte dieses Landes erleben. Es sind noch weniger als 790 Tage, die uns von der ersten Weltausstellung, die überhaupt auf deutschem Boden stattfindet, trennen - noch dazu von der ersten Weltausstellung in Niedersachsen.

Vor vier Jahren haben wir an dieser Stelle über die Einsetzung eines solchen Unterausschusses debattiert. Damals hat die SPD dies abgelehnt. Wenn man sich die Protokolle des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr ansieht, so stellt man allerdings fest, daß dort die Anliegen der EXPO nicht in dem Maße wahrgenommen worden sind, wie sie in einem eigenen Ausschuß wahrgenommen worden wären.

(Beifall bei der CDU - Senff [SPD]:
Das gibt es doch nicht! - Beckmann [SPD]: Was habt ihr denn die ganze Zeit gemacht?)

- Ich will gern zugestehen, daß ich nicht Mitglied des Ausschusses bin. Deswegen habe ich gesagt, daß ich die Protokolle durchgelesen habe,

(Senff [SPD]: Hätten Sie Ihre Leute gefragt! - Weitere Zurufe von der SPD)

vielleicht auch im Gegensatz zu manchen, die diesem Ausschuß angehören.

Meine Damen und Herren, das Land Niedersachsen ist in vielfältiger Hinsicht von der EXPO betroffen. Niedersachsen wird wieder einmal, wie schon bei vielen Ausstellungen und Messen, aber noch viel mehr als bei allen bisherigen Messen in Hannover im Mittelpunkt des Weltinteresses stehen. Das Interesse der Welt richtet sich nicht nur auf die Landeshauptstadt als Hauptstandort der EXPO, nicht nur auf Deutschland, sondern in besonderer Weise auf unser Land Niedersachsen. Es ist eine einzigartige Chance, unser Land Nieder-

sachsen der Welt zu präsentieren. Dazu kann und darf das Parlament dieses Landes nicht schweigen. Die EXPO ist Hauptsache in den nächsten Jahren für viele Menschen in der Welt, in Deutschland und gerade in Niedersachsen. Der Landtag darf deswegen diese Hauptsache nicht als Nebensache abhandeln.

(Beifall bei der CDU)

Zusammen mit dem Bund, mit der Landeshauptstadt und mit der EXPO-Gesellschaft ist das Land Niedersachsen dafür verantwortlich, daß die EXPO im Interesse Niedersachsens und Deutschlands ein Erfolg wird und daß alle Chancen der EXPO für die Wirtschaft unseres Landes, damit auch für Arbeit und Einkommen der Menschen in Niedersachsen genutzt werden. Die öffentliche Hand, Land und Bund zusammen, sind mit Milliardenbeträgen schon jetzt am Erfolg der EXPO beteiligt. Die EXPO und alle, die mit ihr zu tun haben, brauchen auch deswegen hier im Parlament einen adäquaten Gesprächs- und Verhandlungspartner.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist um so drängender, je weiter die Zeit fortgeschritten ist. Vor vier Jahren ist der Antrag abgelehnt worden. Das ist keine Begründung, auch heute dagegen zu sein.

Meine Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion wollen keine unnötige Aufblähung der Parlamentsarbeit. Die CDU will eine effiziente Arbeit dieses Landtages. Aber neue Aufgaben erfordern auch eine veränderte Einstellung des Parlaments zu diesen Aufgaben. Deswegen bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen, die Einsetzung eines entsprechenden Ausschusses zu beschließen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ganz kurz auf die anderen Anträge zu sprechen kommen.

In dem gemeinsamen Antrag schlägt Ihnen die CDU-Fraktion zusammen mit der SPD-Fraktion die Abschaffung des Unterausschusses „Grubensicherheit“ und des Unterausschusses „Tierschutz“ vor. Wir verkennen nicht, daß Niedersachsen ein bedeutender Standort für den Bergbau und sogar Sitz der größten Bergbaugewerkschaft Deutschlands ist. Der Unterausschuß „Grubensicherheit“ hat allerdings in den letzten Jahren so wenig Aufgaben zu erfüllen gehabt und entsprechend auch so

wenig Sitzungen absolviert, daß wir es verantworten können, ihn im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr aufgehen zu lassen.

Das Thema nukleare Sicherheit, die die Grünen in einem besonderen Ausschuß behandelt haben wollen, ist, so meinen wir, nach wie vor in der Zuständigkeit des Umweltausschusses gut aufgehoben. Wenn es in Gorleben wirklich wieder zu den dort schon fast üblichen Krawallen kommt, dann werden wir - da bin ich sicher - das auch im Innenausschuß gut aufarbeiten können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir halten auch den anderen Unterausschuß, nämlich den für Tierschutz, heute - ich sage ganz bewußt: heute - für verzichtbar. Denn das große Anliegen, den Tierschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen, ist erreicht. Der Landtag hat einem entsprechenden Antrag aus der CDU-Fraktion zugestimmt. Dafür danke ich hier noch einmal allen beteiligten Abgeordneten, die dieses Anliegen mit unterstützt haben. Der Tierschutz ist also aus seiner Außenseiterrolle herausgeholt worden. Er ist als wichtige Aufgabe für die Landespolitik allseits akzeptiert. Er benötigt diesen Sonderstatus in einem Unterausschuß des Landtages nicht mehr. Die Aufgaben des Tierschutzes sollen nach unserem Verständnis von den Landtagsausschüssen, die im konkreten Fall jeweils damit befaßt sind, wahrgenommen werden. Das kann mal der Ausschuß für Umweltfragen sein, das kann mal der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sein, das können auch andere Ausschüsse im konkreten Einzelfall sein, etwa dann, wenn es um Tierversuche geht, der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen.

Meine Damen und Herren, die Zusammenlegung des Unterausschusses „Verwaltungsreform“ mit dem Ausschuß für öffentliches Dienstrecht ist konsequent. Die Reform der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes ist eine der größten Herausforderungen an die Politik und an die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Der Landtag ist in vielfältiger Hinsicht von dieser komplexen Aufgabe betroffen. Ein eigenständiger Landtagsausschuß ist dieser Aufgabenstellung angemessen.

Meine Damen und Herren, abschließend ein Wort zur Parlamentsreform und zu dem Antrag der Grü-

nen: Wir haben in der letzten Wahlperiode verschiedene Anträge aller drei Fraktionen zur Parlamentsreform im Landtag behandelt. Ich finde es gut - ich sage das ausdrücklich auch für meine Fraktion -, daß die Grünen gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode dieses Thema wieder in den Landtag eingebracht haben. Parlamentsreform ist und bleibt eine Daueraufgabe für den Landtag auch in der neuen Wahlperiode. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Parlamentsreform muß auch vom Landtag in der 14. Wahlperiode neu angefaßt werden. Deswegen sind neue Initiativen zu denen notwendig, die hier schon einmal diskutiert worden sind. Wir wollen die Parlamentsarbeit lebendiger und aktueller gestalten, und wir sehen hier eine notwendige Verbindung zu dem großen Thema der Verwaltungsreform.

Die Ansprüche an Staat und Gesellschaft sind oft und gerade erst von der Politik geweckt und gefördert worden. Beim Abbau von Aufgaben und damit der Reduzierung von Aufgaben und Ausgaben muß deshalb die Politik vorangehen. Wir sagen: Die Treppe wird von oben gefegt. Wenn der Landtag nicht selber bereit ist, sich zu verkleinern, bei sich mit Reformen zu beginnen, wie will er es dann vom öffentlichen Dienst dieses Landes und von der Gesellschaft im ganzen einfordern?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf die Diskussion über diesen Antrag im Geschäftsordnungsausschuß. Wir werden den Antrag aus unserer Sicht um neue Ideen und um das ergänzen, was wir in der letzten Wahlperiode schon diskutiert haben. In einer der nächsten Landtagssitzungen werden wir die Parlamentsreform dann hier wieder einmal zum Thema machen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Der Kollege Senff hat ums Wort gebeten.

Senff (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Eveslage, Sie erwecken für die CDU-Fraktion hier den Eindruck, als wenn die EXPO in diesem Lande nicht genügend Aufmerksamkeit, in

jedem Fall aber nicht genügend parlamentarische Begleitung fände.

(Unruhe bei der CDU)

Ich möchte Sie dazu fragen: Wo waren Sie in den letzten vier Jahren,

(Frau Pawelski [CDU]: In Hannover!)

als in diesem Landtag in vielfältiger Form über die EXPO debattiert wurde? Wo waren Sie in den letzten vier Jahren, als das Thema EXPO regelmäßig auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses gestanden hat und als an keiner Stelle irgendwo bemängelt wurde, daß dies zuwenig sei?

Wenn es denn so gewesen wäre, wie Sie das hier vortragen, dann hätten Sie, d. h. die Mitglieder ihrer Fraktion im Wirtschaftsausschuß, in den letzten vier Jahren jederzeit die Gelegenheit gehabt, entsprechende Anträge zu stellen. Sie haben aber keine Anträge gestellt dahin gehend, das Thema EXPO irgendwann zusätzlich auf die Tagesordnung zu nehmen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist wirklich unglaublich! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wann immer Anträge gestellt worden sind, wurden diese im Wirtschaftsausschuß debattiert und hat der Vorsitzende des Ausschusses diesen Anträgen Rechnung getragen.

(Zurufe von der CDU)

Ich sehe überhaupt nicht ein, daß ein zusätzlicher Ausschuß eine zusätzliche Information mit sich bringen soll. Was notwendig war, wurde im Ausschuß getan; was notwendig war, wurde auch in diesem Parlament in aller Öffentlichkeit getan.

(Frau Pawelski [CDU]: Was Ihnen notwendig war!)

Ich weise, jedenfalls für die SPD-Fraktion, den hier von Ihnen erweckten Eindruck mit aller Entschiedenheit zurück, daß dieses Land, daß dieses Parlament sich nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit der EXPO gewidmet hätte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen mir nicht vor.

Ich lasse über die vorliegenden Änderungsanträge in der Reihenfolge der betreffenden Paragraphen der Geschäftsordnung, zu denen Änderungen beantragt werden, einzeln abstimmen und rufe dabei gegebenenfalls den weitergehenden Änderungsantrag zuerst auf.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gebeten, ihren Änderungsantrag in der Drucksache 14/5 heute nicht zur Abstimmung zu stellen, sondern ihn an den Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. Dementsprechend werde ich den Inhalt dieses Änderungsantrags nicht im einzelnen aufrufen, sondern über seine Überweisung abstimmen lassen.

Zunächst also zu § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Dazu liegen der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drucksache 14/4 -, der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU - Drucksache 14/3 Nr. 1 - und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 14/6 - vor.

Zu Nr. 5, Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/4 auf Umbenennung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Zu Nr. 6.1, gleichlautende Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 14/3 Nr. 1 a und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/4 auf Streichung des Unterausschusses „Grubensicherheit“. Wer diesen gleichlautenden Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist so angenommen.

Zu Nr. 6.1, Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 14/6 auf Einrichtung eines Unterausschusses „EXPO“. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zu Nr. 7.1, gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 14/3 Nr. 1 b auf Streichung des Unterausschusses „Tierschutz“. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das erste war die Mehrheit.

Zu Nr. 11, Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/4 auf Bildung eines Unterausschusses „Nukleare Sicherheit“. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das zweite war die Mehrheit.

Zu Nr. 13, gleichlautende Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 14/3 Nr. 1 c und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/4 auf Umbenennung des Ausschusses für öffentliches Dienstrecht. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das war, soweit ich das gesehen habe, einstimmig.

Zu Nr. 14, Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/4 auf Umbenennung des Ausschusses für Häfen und Schifffahrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das letzte war die Mehrheit.

Zu Nr. 16, Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/4 auf Bildung eines Ausschusses für Arbeitsmarkt und Ausbildungsfragen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das zweite war die Mehrheit.

Zu Nr. 18, Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/4 auf Streichung des Ausschusses für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Das zweite war die Mehrheit.

Zu § 11 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung liegt der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 14/3 Nr. 2 vor. Die neue Fassung müßte dann lauten:

„Die Ausschüsse nach § 10 Abs. 1 Nrn. 1 bis 13 und 17 haben 15 Mitglieder, die Ausschüsse nach Nrn. 14, 16 und 18 haben 13 Mitglieder, und

der Ausschuß nach Nr. 15 hat 9 Mitglieder.“

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das war einstimmig.

Zu § 17 der Geschäftsordnung liegt der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 14/3 Nr. 3 vor. Danach soll § 17 gestrichen werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das war einstimmig.

Zu § 17 a der Geschäftsordnung liegt der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 14/3 Nr. 4 vor. Dieser Änderungsantrag betrifft zwei Absätze.

Nach Buchstabe a soll dem Absatz 1 folgender Satz 2 angefügt werden:

„Diesem obliegt auch die Kontrolle nach § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz.“

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das war einstimmig.

Nach Buchstabe b soll folgender Absatz 4 angefügt werden:

„Bei der Wahrnehmung der Aufgabe nach Absatz 1 Satz 2 verfährt der Ausschuß nach einer besonderen Geschäftsordnung, die nach Maßgabe des § 2 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz erlassen wird.“

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Auch das war einstimmig.

Ich lasse jetzt über die so geänderte Vorläufige Geschäftsordnung für den Landtag der 14. Wahlperiode in der Drucksache 14/1 insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich schlage vor, daß wir diese Vorläufige Geschäftsordnung sowie den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache

14/5 dem Geschäftsausschuß mit der Bitte überweisen, dem Landtag in absehbarer Zeit einen Vorschlag für die endgültige Geschäftsordnung vorzulegen. Wer stimmt dem zu? - Das ist so beschlossen.

Wir kommen damit zur

Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie der Schriftführerinnen und Schriftführer

Nach Artikel 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter des Präsidenten und die Schriftführerinnen und Schriftführer. Wir kommen zunächst zur Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten.

Nach § 5 Abs. 2 der soeben beschlossenen Geschäftsordnung sind drei Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten von den Fraktionen vorzuschlagen, auf die die zweite bis vierte Höchstzahl entfallen. Das sind die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion. Auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entfällt nach der zwölften Höchstzahl ein Schriftführer, an dessen Stelle die Fraktion einen zusätzlichen vierten Vizepräsidenten oder eine zusätzliche vierte Vizepräsidentin vorschlagen kann. Das hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getan.

Die Fraktionen haben Vorschläge schriftlich vorgelegt. Die CDU-Fraktion hat bei der zweiten Höchstzahl den Abgeordneten Gansäuer vorschlagen, die SPD-Fraktion bei der dritten Höchstzahl die Abgeordnete Frau Goede, die CDU-Fraktion bei der vierten Höchstzahl den Abgeordneten Jahn und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Frau Litfin.

Wir kommen nun zur Abstimmung über diese Vorschläge. Wenn kein anwesendes Mitglied des Landtags widerspricht, kann nach unserer Geschäftsordnung durch Handzeichen und können sämtliche Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten in einem Wahlgang gewählt werden. Ich frage daher, ob jemand der Wahl durch Handzeichen oder der Wahl en bloc widerspricht. - Das ist nicht der Fall.

Wer die genannten Mitglieder des Landtags zur Vizepräsidentin bzw. zum Vizepräsidenten wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist

dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Auch niemand.

Frau Goede, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Frau Goede [SPD]: Ich nehme die Wahl an! - Beifall)

Herr Gansäuer, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Gansäuer [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an! - Beifall)

Herr Jahn, nehmen Sie die Wahl an?

(Jahn [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an! - Beifall)

Frau Litfin, nehmen Sie die Wahl an?

(Frau Litfin [GRÜNE]: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für Ihr Vertrauen! - Beifall)

Ich gratuliere allen vieren ganz herzlich zu ihrer Wahl.

Es sind nun zehn Schriftführerinnen und Schriftführer zu wählen. Das Vorschlagsrecht ergibt sich aus § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Die Fraktionen haben folgende Vorschläge eingereicht: die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Biel, Frau Abgeordnete Jahn, Herrn Abgeordneten Lanclée, Frau Abgeordnete Saalman, Herrn Abgeordneten Wolf und Herrn Abgeordneten Wulf (Oldenburg); die CDU-Fraktion die Abgeordnete Frau Hansen, die Abgeordnete Frau Schliepack, Herrn Abgeordneten Sehart und die Abgeordnete Frau Vogelsang.

Auch hier gilt, daß die Schriftführerinnen und Schriftführer gemeinsam und durch Handzeichen gewählt werden können, wenn kein anwesendes Mitglied des Landtags widerspricht. Ich frage daher, ob jemand der Wahl durch Handzeichen oder der Wahl en bloc widerspricht. - Ich sehe, daß das Haus damit einverstanden ist.

Wer die genannten zehn Kolleginnen und Kollegen zu Schriftführerinnen und Schriftführern wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich frage jetzt die Mitglieder des Landtags, ob sie ihre Wahl zur Schriftführerin bzw. zum Schriftführer annehmen. Herr Abgeordneter Biel?

(Biel [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Jahn?

(Frau Jahn [SPD]: Ja!)

Herr Lanclée?

(Lanclée [SPD]: Ja!)

Herr Abgeordneter Wulf (Oldenburg)?

(Wulf (Oldenburg) [SPD]: Ja!)

Frau Saalman?

(Frau Saalman [SPD]: Ja!)

Herr Wolf?

(Wolf [SPD]: Ja!)

Frau Hansen?

(Frau Hansen [CDU]: Ja!)

Frau Schliepack?

(Frau Schliepack [CDU]: Ja!)

Herr Sehart?

(Sehart [CDU]: Ja!)

Frau Vogelsang?

(Frau Vogelsang [CDU]: Ja!)

Ich beglückwünsche damit Sie alle zu Ihrer Wahl und stelle fest, daß das Präsidium nunmehr vollständig gewählt ist.

(Beifall)

Den beiden neben mir Sitzenden danke ich für die von ihnen bisher präzise geleistete Arbeit und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

(Beifall)

Ich darf die Abgeordnete Frau Vogelsang und den Abgeordneten Biel bitten, neben mir Platz zu nehmen.

Feststellung der Konstituierung des Landtages der 14. Wahlperiode

Meine Damen und Herren, ich stelle nunmehr fest, daß sich der Landtag der 14. Wahlperiode konstituiert hat.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich zur

Wahl des Ministerpräsidenten

Meine Damen und Herren, nach Artikel 33 Abs. 2 und 3 der Niedersächsischen Verfassung gelten der Ministerpräsident und mit ihm die Landesregierung als zurückgetreten, sobald ein neugewählter Landtag zusammentritt. Das ist heute der Fall. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Bevor wir zur Neubildung der Regierung kommen, möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten und seiner Landesregierung für die in der vergangenen Wahlperiode geleistete Arbeit den Dank des Hauses aussprechen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Wir kommen dann zur Regierungsbildung und beginnen mit der Wahl des Ministerpräsidenten. Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Personen, die nicht Mitglieder des Landtages sind - also einschließlich der Journalisten und der Kammerateams -, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die Staatssekretäre sowie die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. - Meine Damen und Herren, Sie werden wieder hereingebeten, wenn es soweit ist.

Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 23. März 1998 den Abgeordneten Gerhard Schröder für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Es geht jetzt um die Entscheidung über diesen Wahlvorschlag. Gewählt wird nach Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung mit Stimmzetteln in geheimer Abstimmung. Wer den Abgeordneten Schröder zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt Ja an, wer ihn nicht wählen will, kreuzt Nein an, wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt Enthaltung an. Ich mache darauf aufmerksam, daß in diesem Falle Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden durch die Schriftführerin Frau Vogelsang aufgerufen und kommen dann bitte einzeln nach vorn. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten Sie Ihren Stimmzettel mit Umschlag. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach dem Vermerken Ihres Votums stecken Sie den Stimmzettel in den Umschlag und werfen ihn in eine der beiden Wahlurnen.

Ich halte das Haus damit einverstanden, daß ich beauftrage den Schriftführer Herrn Lanclée, unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, die Stimmzettel mit Umschlag auszugeben und die Wählerliste zu führen, die Schriftführerin Frau Saalman, Aufsicht darüber zu führen, daß immer nur ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht, und den Schriftführer Herrn Sehr, ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, die Aufsicht und die Namenskontrolle bei den Wahlurnen zu führen. - Herr Kollege Sehr, das ist alles mit großer Bedachtsamkeit entschieden worden.

Meine Damen und Herren, ich bitte alle Mitglieder des Landtages, darauf zu achten, daß das Kreuz auf den Stimmzetteln korrekt angebracht wird, so daß kein Zweifel an der Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen kann. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es sind daher auch nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Die Mitglieder des Landtages bitte ich bis zum Aufruf ihres Namens auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben und nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen. Ich appelliere an Ihre Disziplin. Unnötiges Herumlaufen stört nur den Wahlablauf.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen.

Den Kollegen Sehrt bitte ich, sich davon zu überzeugen, daß die Wahlurnen leer sind.- Der Kollege Sehrt bestätigt mir, daß die Wahlurnen leer sind.

Bevor wir zum Namensaufruf kommen, weise ich die an der Durchführung des Wahlvorgangs beteiligten Präsidiumsmitglieder darauf hin, daß sie ebenso wie der Sitzungsvorstand erst nach der Beendigung des Namensaufrufs gesondert aufgerufen werden, ihre Stimme abzugeben.

Wir kommen jetzt zum Namensaufruf.

(Schriftführerin Vogelsang verliest die Namen der Abgeordneten:)

Adam
Aller
Frau Alm-Merk
Althusmann
Frau Dr. Andretta
Bachmann
Bartling
Beckmann
Behr
Biallas
Biel
Dr. Biester
Biestmann
Frau Bockmann
Bontjer
Bookmeyer
Brauns
Buchheister
Frau Bührmann
Busemann
Buß
Coenen
Collmann
Frau Conrady
Decker
Dinkla
Dr. Domröse
Frau Eckel
Ehlen
Frau Elsner-Solar
Endlein
Eppers
Frau Evers-Meyer
Eveslage
Fasold

Fischer
Dr. Fischer
Funke
Gabriel
Gansäuer
Glogowski
Frau Goede
Dr. Göttner
Golibrzuch
Grote
Groth
Frau Grundmann
Haase
Hagenah
Frau Hansen
Harden
Frau Harms
Haselbacher
von der Heide
Heineking
Heinemann
Frau Hemme
Hepke
Hogrefe
Hoppenbrock
Horrmann
Inselmann
Jahn
Frau Jahn
Frau Jahns
Jansen
Frau Janßen-Kucz
Jüttner
Kethorn
Klare
Klein
Knebel
Koch
Frau Körtner
Kopischke
Krumfuß
Frau Kruse
Lanclée
Frau Lau
Lestin
Frau Leuschner
Lindhorst
Frau Litfin
Lücht
McAllister
Meier
Meinhold
Frau Meyn-Horeis

Mientus
Möhrmann
Möllring
Mühe
Frau Mundlos
Nolting
Oestmann
Ontijd
Oppermann
Frau Ortgies
Frau Pawelski
Peters
Frau Philipps
Pickel
Plaue
Pörtner
Frau Pothmer
Frau Pruin
Rabe
Räke
Reckmann
Robbert
Rolfes
Frau Rühl
Frau Saalman
Schack
Schirmbeck
Frau Schliepack
Schlüterbusch
Dr. Schneider
Schröder (Hannover)
Schröder (Bad Münder)
Schünemann
Schumacher
Dr. Schultze
Schurreit
Frau Schwarz
Schwarz
Schwarzenholz
Frau Seeler
Senff
Frau Somfleth
Frau Steiner
Frau Stokar von Neuforn
Stolze
Stratmann
Dr. Stumpf
Frau Tinius
Frau Trost
Viereck
Frau Vockert
Voigtländer
Watermann

Dr. Weber
Wegner
Wendhausen
Wenzel
Wiesensee
Dr. Winn
Frau Wörmer-Zimmermann
Wojahn
Wolf
Wolfkühler
Wulf (Oldenburg)
Wulff (Osnabrück)
Frau Zachow

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführer Herrn Lanclée, Frau Saalman und Herrn Sehrt nacheinander zu wählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, die oder der bis jetzt nicht abgestimmt hat. - Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Damit schließe ich den Wahlgang.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekanntgegeben werden. Ich werde die Sitzung gleich unterbrechen, bitte aber alle Mitglieder des Landtags, auf ihren Plätzen zu bleiben. In dieser Zeit werden die am Wahlvorgang beteiligten Schriftführer Herr Lanclée, Frau Saalman und Herr Sehrt sowie die Vizepräsidentinnen und die Vizepräsidenten Frau Goede, Herr Gansäuer, Herr Jahn und Frau Litfin die Stimmen auszählen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.09 Uhr.

Wiederbeginn: 13.21 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Die Medienvertreter haben die Möglichkeit, wieder hereinzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: Abgegebene Stimmzettel: 157. Ungültige Stimmen: keine. Abgegebene gültige Stimmen: 157. Jastimmen: 82. Neinstimmen: 74. Stimmenthaltungen: eine.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD)

Gemäß Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wird der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Das heißt, bei der Zahl von 157 Abgeordneten müssen mindestens 79 Stimmen für den zu wählenden Ministerpräsidenten abgegeben werden. 82 Stimmen sind für den Abgeordneten Schröder abgegeben worden. Damit ist der Abgeordnete Schröder zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt worden.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD - Die Abgeordneten der SPD erheben sich)

Ich frage den Abgeordneten Schröder, ob er die Wahl annimmt.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Schröder, damit sind Sie zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Glück und Erfolg.

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, ob Sie schon in der Lage sind, dem Landtag Ihr Kabinett vorzustellen.

Schröder, Ministerpräsident:

Das bin ich.

(Zuruf von der CDU: Nimm einen Zettel, sonst vergißt du wieder welche!)

- Zur Sicherheit. - Soll ich das jetzt tun?

Präsident Wernstedt:

Bitte.

Schröder, Ministerpräsident:

Nachdem mich das Hohe Haus zum Ministerpräsidenten gewählt hat, wofür ich mich bedanke, beru-

fe ich gemäß Artikel 29 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung:

Herrn Gerhard Glogowski als Innenminister - ihn bestimme ich zugleich zu meinem Stellvertreter -,

Herrn Heinrich Aller als Finanzminister,

Frau Heidrun Alm-Merk als Sozialministerin - zugleich beauftrage ich sie mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Frauenministerin -,

Frau Renate Jürgens-Pieper als Kultusministerin,

Herrn Dr. Peter Fischer als Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,

Herrn Karl-Heinz Funke als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Herrn Dr. Wolf Weber als Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten,

Herrn Thomas Oppermann als Minister für Wissenschaft und Kultur und

Herrn Wolfgang Jüttner als Umweltminister.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Nach diesem Artikel 29 Abs. 3 der Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Ich lasse jetzt über diese Bestätigung abstimmen.

Wer der Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, die nach der Verfassung erforderliche Bestätigung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben. - Ich stelle fest: Das ist die Mehrheit des Hauses. Ich danke Ihnen. Die Bestätigung der Landesregierung ist damit erteilt. Ich beglückwünsche die Mitglie-

der der Landesregierung und wünsche ihnen für ihre Arbeit alles Gute.

(Starker Beifall bei der SPD)

Es ist vorgesehen, die Mitglieder der Landesregierung zu Beginn der Nachmittagsitzung zu vereidigen. Zuvor müssen jedoch die Ministerinnen und Minister durch Aushändigung der Ernennungsurkunden ernannt werden. Das wird während der Pause geschehen, zu der ich jetzt die Sitzung unterbreche.

Das Landtagspräsidium bittet alle Anwesenden, d. h. die Abgeordneten und die Gäste, zu einem Empfang in die Wandelhalle.

Wir setzen die Sitzung um 15.30 Uhr mit der Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung und der Abgabe der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten fort. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.28 Uhr.

Wiederbeginn: 15.34 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren in der Sitzung fort. - Ich bitte Sie, sich auf Ihre Plätze zu begeben.

Wir kommen zur

Vereidigung der Landesregierung

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister vorzutreten. Sie müssen also hier nach vorn kommen.

Ich bitte alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Das Bekenntnis und der Eid sind von Ihnen einzeln abzulegen. Ich bitte Sie, nacheinander zu mir heraufzutreten und die Bekenntnis- und Eidesformel zu sprechen.

Zunächst Herr Ministerpräsident Schröder!

Schröder, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Innenminister Glogowski!

Glogowski, Innenminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Finanzminister Aller!

Aller, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Frau Sozialministerin Alm-Merk!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen,

sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Frau Kultusministerin Jürgens-Pieper!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke!

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Dr. Weber!

Dr. Weber, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann!

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Wernstedt:

Herr Umweltminister Jüttner!

Jüttner, Umweltminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen. - Damit ist die neue Landesregierung verfassungsgemäß gebildet. Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, auf ihren Plätzen auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Die Vertreterinnen und Vertreter der Presse bitte ich, hier vorn die Sicht freizugeben. - Danke.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Ich bitte nun Herrn Ministerpräsident Schröder, seine Regierungserklärung abzugeben. Bitte schön!

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Kurs heißt: wirtschaftliche Modernisierung *und* soziale Verantwortung. Von der Landtagswahl in Niedersachsen ist ein doppeltes Signal ausgegangen. Das Wahlergebnis, für das ich sehr dankbar bin, steht für Kontinuität in Niedersachsen und darüber hinaus für den Willen zum Aufbruch und zur Erneuerung in Deutschland. Dabei setzt die Mehrheit der Menschen ihre Hoffnung auf die deutschen Sozialdemokraten und - ich füge hinzu - auch auf mich.

(Starker Beifall bei der SPD)

Diese Hoffnung werden wir nicht enttäuschen. Ich bin mir über die Verantwortung im klaren.

Viel Arbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt vor uns: in Niedersachsen und auch in Bonn und Berlin. Wir brauchen die Modernisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft *mit* sozialer Verantwortung. Das kann nur gelingen, wenn wir es schaffen, die schöpferischen Kräfte in unserem Land zu wecken und für das Wohlergehen des Landes nutzbar zu machen. Die Landesregierung wird also Kurs halten. Es geht weiter wie bisher um wirtschaftliche Modernisierung und um soziale Verantwortung. Unsere Politik bleibt an den Interessen der Menschen in unserem Land orientiert: an den Interessen der Arbeitnehmer, der Selbständigen in Handwerk und Mittelstand, der Manager in den Unternehmensleitungen, der Forscher in Wissenschaft und Technik. Von dieser klaren Orientierung am Willen und an den Wünschen der Mehrheit der Menschen wird die Landesregierung auch in Zukunft keinen Millimeter abrücken.

Wir haben mit unserer Politik gute Erfahrungen gemacht - einer Politik, die für Dialog und Kooperation steht. Die Landesregierung wird auch weiterhin auf Konsens statt auf Konflikt setzen. Denn nicht der Weg der Abgrenzung, sondern der Wille zur Zusammenarbeit führt in eine bessere Zukunft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Diese Maxime, von der ich überzeugt bin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird mich auch dann leiten, wenn mir die Menschen ein politisches Mandat auch über Niedersachsen hinaus geben sollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Der Landtagswahlkampf ist vorüber. Die konstituierende Sitzung des Landtages bildet den Auftakt für die vor uns liegende parlamentarische Arbeit. In ihren Ansprachen haben der Alterspräsident und der Landtagspräsident dazu ermahnt, die parlamentarische Kultur zu achten. - Sie haben recht. Denn das Wahlergebnis vom 1. März ist auch dies: ein Vertrauensvorschuß für die im Landtag vertretenen Parteien und - das sage ich meinen Freundinnen und Freunden - vor allem ein Vertrauensvorschuß für die Mehrheit in diesem Landtag.

Die Bürgerinnen und Bürger haben rechtsextremistischen Parteien und anderen Splittergruppen -

darüber, so meine ich, können wir alle froh sein - eine klare Absage erteilt.

(Starker Beifall bei der SPD)

Sie haben die demokratischen Parteien gestärkt ins Parlament gewählt. Ich meine, wer immer Grund hat, sich mehr oder weniger zu freuen, dies sollte uns alle einen: daß gerade in unserem Land Radikale keine Chance hatten.

(Zustimmung bei der SPD)

Dafür erwarten die Menschen von der Politik, daß Probleme gelöst und Entscheidungen getroffen werden. Dabei sollte sich niemand etwas vormachen. Die vor uns liegenden Jahre werden nicht leicht. Nicht nur von der Politik, nicht nur von der Regierung, sondern von jedem einzelnen wird die Bereitschaft abverlangt, sich auf veränderte Bedingungen einzustellen. Selbstbewußtsein, Mut, ja auch Zuversicht helfen dabei.

Unser Land ist immer enger in die wirtschaftlichen Verflechtungen der Welt eingebunden. Der Begriff „Globalisierung“ ist in aller Munde. Viele Menschen fühlen sich diesem Prozeß der Globalisierung ausgeliefert, sind um Sorge um ihren Arbeitsplatz, um ihre materielle Existenz. Gewiß, wir können von Niedersachsen aus nicht die Rahmenbedingungen der Wirtschaft steuern, nicht einmal die der deutschen oder der europäischen Wirtschaftspolitik. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sind wir noch lange nicht Spielball der Internationalisierung. Wir sind handlungsfähig, und wir sind handlungswillig.

Die industriellen Kerne in Niedersachsen sind gesund - auch deshalb, weil die bisherige Landesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen und durchgesetzt hat. Und diese wird weiter daran arbeiten. Wir haben uns eingemischt, wenn es darum ging, Arbeitsplätze in Bereichen zu sichern, die sich im Strukturwandel behaupten können. Wäre es nach den Konzernzentralen gegangen, gäbe es heute in Lemwerder keine Flugzeugwerft mehr, hätte die Continental AG zu Lasten der Beschäftigten im Handstreich den Besitzer gewechselt

(Möllring [CDU]: Wer hat denn gefrühstückt?)

- etwas bescheidener sollten Sie vielleicht in Zukunft werden;

(Starker Beifall bei der SPD)

das ist auch ein Ergebnis dieser Wahl: diese Attitüde der Großsprecherei hat eine Niederlage erlitten, damit das klar ist -

(Starker Beifall bei der SPD)

wäre das Entscheidungszentrum für den traditionellen Stahlstandort in Salzgitter verlorengegangen.

(Möllring [CDU]: Wenn man sich solch einen Mist aufschreiben läßt, dann muß man auch Kritik akzeptieren!)

Diese Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, war für die dort arbeitenden Menschen richtig, und sie war für unser Land Niedersachsen wichtig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich räume ein, ich hätte mir gewünscht, daß alle politischen Kräfte in diesem Parlament die Notwendigkeit, die wir gesehen und für die wir gehandelt haben, gleichermaßen so gesehen hätten. Daß Sie das nicht getan haben, war nicht gut für das Parlament und für Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Völlig unbeirrt von jedweder Kritik werden wir auf diesem Weg weitergehen. Unsere Zuversicht ist begründet: Handwerk und Mittelstand in Niedersachsen sind leistungsstark, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hat sich verbessert, die Dienstleistungslücke ist geschlossen worden.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Das wäre ohne die Qualifikation und die Leistungsbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger nicht möglich gewesen. Wir setzen weiterhin auf ihren Fleiß und ihre Kreativität. Umgekehrt können sie sich auf ein Prinzip verlassen: Was sich bewährt hat, das hat auch Zukunft, und was geändert werden muß, das werden wir ändern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Regierungserklärung kann nicht alle Probleme und deren voraussichtliche Lösung darstellen. Ich kann hier nur Grundzüge aufzeigen und Schwerpunkte herausheben.

Die weitere Massenarbeitslosigkeit, die schwache konjunkturelle Entwicklung, jedenfalls auf dem Binnenmarkt, zunehmende Steuerflucht, Steuersparmodelle und - legale - Steuervermeidung haben direkte Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Bund, Länder und Kommunen, sie alle haben Finanzprobleme.

(Zuruf von Möllring [CDU] - Gegenrufe von der SPD: Herr Möllring! - Mientus [SPD]: Du mußt was dazu lernen! Geh einmal zur Volkshochschule, da lernst du was! - Beifall bei der SPD)

- Diejenigen aus meiner Fraktion, die jetzt Zurufe machen, muß ich bitten, Nachsicht zu üben; denn jeder verarbeitet seine Niederlage auf seine Weise. Leute, laßt ihn!

(Starker Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was wir in Deutschland brauchen, ist die Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit. Steuergerechtigkeit heißt für uns Sozialdemokraten, die Steuer- und Abgabenlast für die Steuerpflichtigen neu zu ordnen und sie fair zu verteilen. Wir wollen als Land Niedersachsen unseren Beitrag dazu leisten, daß das Steuerrecht vereinfacht wird,

(Zurufe von der CDU)

daß es transparent gestaltet wird, daß es Investitionen lohnend macht und damit Beschäftigung fördert.

(Möllring [CDU]: Das habt ihr doch gerade verhindert!)

Ich will am Beispiel unseres Landeshaushalts darlegen, von welchen Summen die Rede ist, um was es hier wirklich geht.

(Zuruf von der CDU: Um Schulden!)

Für den Haushalt 1995 konnten wir nach der ersten Steuerschätzung noch mit Einnahmen von 31 Milliarden DM rechnen. Das erschien uns in der Regierung viel zu optimistisch. Wir haben darum vorsorglich nur 28 Milliarden DM veranschlagt. Tatsächlich haben wir dann nur 26,9 Milliarden DM eingenommen. Allein 1995 kamen also 4,1 Milliarden DM weniger in die Landeskasse, als die Steuerschätzer vorhergesagt hatten. Im Haushalt 1996 waren es sogar 6 Milliarden DM weniger

Einnahmen, als die ursprüngliche Steuerschätzung erwarten ließ. 1997 waren es minus 4,7 Milliarden DM. Im laufenden Jahr rechnen wir noch einmal mit 5,5 Milliarden DM weniger.

(Frau Körtner [CDU]: Warum denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das macht von 1995 bis 1998 zusammen 20 Milliarden DM weniger aus, als die Steuerschätzer - unabhängige Steuerschätzer - erwartet haben.

(Möllring [CDU]: Glauben Sie das eigentlich, was Sie da sagen?)

Wir haben die Wucht dieser Einnahmeausfälle abgemildert, weil wir in unserer Finanzpolitik Vorsicht haben walten lassen.

(Zurufe von der CDU)

Was haben wir gemacht? - Wir haben grundsätzlich die Steuereinnahmen niedriger angesetzt, als dies nach den Zahlen der Steuerschätzung möglich gewesen wäre.

(Möllring [CDU]: Dafür habt ihr ein verfassungswidriges FAG gemacht!)

Ohne diesen Weitblick hätten uns die Steuerrückgänge viel empfindlicher getroffen.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Vorsicht allein ist es aber nicht getan. Darum hat die Landesregierung genau das umgesetzt, was ich in meiner Regierungserklärung 1994 hier vor dem Landtag angekündigt habe: Wir haben eisern gespart.

(Lachen bei der CDU - Fischer [CDU]: Das ist ja wohl ein Hohn! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Wenn Sie das auch nicht glauben wollen, die Wähler haben es schon geglaubt.

(Starker Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Nun kann man das ja so machen, wie Sie es in der Wahlnacht getan haben, nämlich die Wähler pauschal zu verunglimpfen. Aber das zahlt sich nicht aus, meine Damen und Herren von der CDU!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Machen Sie weiter so! Dann rückt die linke Seite bei Ihnen immer weiter nach rechts, bis da nur noch ein paar sitzen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Das können Sie haben. So viele sind es ja nicht mehr.

(Frau Pawelski [CDU]: Herr Schröder, Hochmut kommt vor dem Fall! - Weitere Zurufe von der CDU - Gabriel [SPD] (an Möllring [CDU] gewandt): Du bist nur deshalb so laut, weil du ganz außen sitzt! - Heiterkeit bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Darum hat die Landesregierung genau das umgesetzt - ich sage es noch einmal -, was ich in meiner Regierungserklärung 1994 vor dem Landtag angekündigt habe: Wir haben eisern gespart.

(Unruhe bei der CDU)

Wir haben Haushaltssperren verhängt - übrigens kritisiert - und davon nur die Mittel für Investitionen und für den Arbeitsmarkt ausgenommen,

(Zuruf von Möllring [CDU])

wir haben einen Beförderungs- und Einstellungsstopp verhängt, wir haben Personal abgebaut, die Sachkosten eingefroren, die 40-Stunden-Woche für Landesbeamte eingeführt, und wir sind dabei, die Ministerialzulage schrittweise abzuschaffen, um nur einiges zu nennen, meine Damen und Herren.

Begeisterung haben diese Entscheidungen nicht auslösen können,

(Möllring [CDU]: Die haben auch nicht gewirkt!)

jedenfalls nicht überall. Aber jeder weiß genau, daß man nicht mehr Geld ausgeben kann, als zur Verfügung steht.

(Lachen bei der CDU)

Wir reden nicht nur über Konsolidierung,

(Zuruf von Möllring [CDU])

nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Zustimmung der Mehrheit der Menschen in diesem Lande - und die haben wir - praktizieren wir sie auch.

(Starker Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Sie haben 37 Milliarden DM mehr ausgegeben, als Sie hatten! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Uns stimmt froh, daß Sie so weiterzumachen gedenken, wie Sie aufgehört haben. Das wird nicht besser; das sage ich Ihnen gleich.

(Beifall bei der SPD - Senff [SPD]: Sehr gut!)

Wir haben konsequent Stellen abgebaut und werden das auch in Zukunft tun müssen.

(Zurufe von der CDU)

Dieser klare Kurs zahlt sich aus. Niedersachsen hat seit 1990 unter den westdeutschen Flächenländern bei den Personalausgaben die zweitniedrigste Steigerungsrate, nämlich 26,8 %.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wenn man auf Ihrem Niveau gelandet ist, dann hat man dabei keine Probleme!)

Besser war übrigens nur - Sie werden es nicht glauben; ich freue mich darüber, dies sagen zu können - das Saarland.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wir kommen morgen darauf zurück!)

Übrigens sind die Personalausgaben in Bayern - ich sage dies, weil uns Bayern gelegentlich als angebliches Musterland vorgehalten wird - mit 32,3 % deutlich stärker gestiegen als hier bei uns in Niedersachsen.

(Zurufe von der CDU)

- Herr Präsident, können Sie vielleicht einmal bimmeln, damit die ein bißchen ruhiger werden? Das ist ja ein unmöglicher Zustand.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

- Ich höre gern noch ein bißchen zu.

(Zurufe von der CDU)

- Ich sage ja: Jeder verarbeitet seine Niederlage auf seine Weise. Man sieht das ja bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU - Fischer [CDU]: Den Spruch hatten wir jetzt schon zweimal!)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, es hilft niemandem, wenn Sie den Ministerpräsidenten nicht ausreden lassen. Sie sitzen doch hier, um ihm zuzuhören und ihm morgen die entsprechende Antwort zu geben.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Aber nicht, um uns beschimpfen zu lassen!)

Bitte schön!

Schröder, Ministerpräsident:

Wir hatten uns zu Beginn der vergangenen Wahlperiode ein ehrgeiziges Ziel gesetzt - übrigens das ehrgeizigste unter allen Flächenländern -, nämlich das Ziel, von 1995 bis 1998 im Landesdienst rund 8.000 Stellen abzubauen. 1995 haben wir dieses Ziel erreicht, 1996 haben wir dieses Ziel erreicht, 1997 ebenfalls. 1998 können wir dieses Ziel nicht ganz erreichen, weil wir 710 freiwerdende Lehrerstellen wiederbesetzen werden und 102 Stellen für die Polizei zur Wiederbesetzung freigegeben haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dennoch: Insgesamt kommen wir in den vier Jahren auf mehr als 7.200 eingesparte Stellen. Sie werden kein Flächenland in Deutschland finden, das ähnliche Erfolge aufweisen kann. In diesem Jahr finanzieren wir weniger Stellen aus dem Landeshaushalt - auch das ist eine interessante Zahl - als am Ende der letzten CDU-Landesregierung. Das ist lange her; ich gebe es ja zu. Man sollte es sich aber gelegentlich wieder einmal in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich jetzt der Verschuldung zuwenden, über deren Höhe man sich in der Tat nicht freuen kann. In der zurückliegenden Legislaturperiode hat sich das Land konsequent von Beteiligungen getrennt, immer dann, wenn dies ohne Verwerfungen für den Arbeitsmarkt möglich erschien. Das gilt für die NILEG. Das gilt für die

Harzwasserwerke, für die Öffentlichen Versicherungen in Braunschweig und Oldenburg sowie für die Toto/Lotto-Gesellschaft. Von der Öffentlichkeit nur sehr wenig beachtet: Wir trennen uns von entbehrlichen Liegenschaften und Immobilien. Insgesamt haben wir auf diese Weise knapp eine Milliarde DM an Einnahmen für den Landeshaushalt erzielt.

Auch wenn die Privatisierungsdebatte heute nicht mehr mit der ideologischen Schärfe vergangener Tage geführt wird, so hat es doch vereinzelt harte Kritik an diesen Veräußerungen gegeben. Dabei wird allerdings allzu leicht übersehen, daß wir durch die Verkaufserlöse Schulden in Höhe von rund einer Milliarde DM vermieden haben, daß wir Kosten für die Kreditfinanzierung eingespart und so neue Prioritäten gesetzt haben. Vor uns liegt nun noch die Privatisierung des Flughafens Langenhagen. Außerdem werden in den nächsten Monaten die Verhandlungen über das Zusammengehen von NORD/LB und Berliner Bankgesellschaft abgeschlossen. Wir setzen jedenfalls darauf. Auch dies führt dazu, den Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu stärken, ohne daß die strukturelle Bedeutung der Norddeutschen Landesbank reduziert wird.

Nun erleben wir ein bekanntes Phänomen: Zusätzliche Einnahmen wecken Begehrlichkeiten. Darum sage ich hier ganz deutlich: Ohne Rücksicht darauf wird der Sparkurs nicht verlassen. Wir werden dafür sorgen, daß die Erlöse intelligent eingebettet werden in die mittelfristige Finanzplanung des Landes. Drei zentrale Ziele bestimmen dabei den Verwendungszweck: Erstens Schuldenbegrenzung, zweitens Innovationsoffensive und damit drittens Beschäftigungswirksamkeit.

Meine Damen und Herren, das Kabinett hat in der vergangenen Woche - wenn Sie so wollen, noch das alte Kabinett - den Entwurf eines Nachtragshaushalts für 1998 beschlossen. Nachdem wir die Haushaltsjahre 1996 und 1997 ohne Fehlbetrag abgeschlossen haben, peilen wir dieses Ziel nun auch für 1998 an. Es gibt allen Grund zum Optimismus. Die Landesregierung konnte den Nachtragsentwurf schon beschließen, weil die Vorarbeiten rascher vorangekommen sind, als wir das zunächst selbst erwartet hatten. Der Landtag wird den Nachtragshaushalt noch vor der parlamentarischen Sommerpause beraten und verabschieden können.

Zu den wichtigsten Eckpunkten des Nachtrags Haushaltes nur folgendes: Wir haben das Ausgabevolumen im Haushalt 1998 von 40,3 Milliarden DM durch den Nachtrag um rund eine Milliarde DM gesenkt und liegen mit rund 39,4 Milliarden DM knapp unter dem Stand von 1997. Das ist - dafür möchte ich meinem Freund, dem Finanzminister Willi Waike, ausdrücklich danken - eine ungewöhnliche, eine sehr, sehr beachtliche Leistung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt auch deshalb, weil es noch nicht so lange her ist, daß uns die Opposition für 1997 einen Fehlbetrag in dreistelliger Millionenhöhe prophezeit hat. Ich stelle fest: Die Opposition hat sich - na ja - geirrt. Für 1998 wurde behauptet, wir müßten nach dem 1. März den Offenbarungseid leisten. Von 2 Milliarden DM Deckungslücke war die Rede. Ich stelle fest: Wieder Irrtum. Auch das steht fest: Die im Ursprungshaushalt 1998 veranschlagte Nettokreditaufnahme in Höhe von 2,65 Milliarden DM wird nicht erhöht. Ich hebe das ausdrücklich hervor; denn im Gegensatz zu Niedersachsen haben andere Länder - ich erwähne z. B. Baden-Württemberg - bereits den Weg in eine höhere Verschuldung beschlossen.

(Möllring [CDU]: Wieviel denn?
Nennen Sie doch einmal die Zahl!)

Im Jahr 1997 haben wir die Neuverschuldung um 450 Millionen DM verringert, meine Damen und Herren. Auch im Jahr 1998 werden wir sie um weitere 450 Millionen DM reduzieren.

(Möllring [CDU]: Und liegen immer noch über Baden-Württemberg!)

Unter den westdeutschen Flächenländern hat Niedersachsen seit 1995 mit 18,2 % die drittniedrigste Steigerungsrate bei der Nettokreditaufnahme. Das ist die Wahrheit,

(Beifall bei der SPD)

entgegen dem, was in Wahlkämpfen gelegentlich so verbraten wird.

Übrigens: Auch mit Blick auf die Neuverschuldung kann ich gern einen Vergleich mit Bayern liefern. Im sehr finanzstarken Bayern stieg die Neuverschuldung seit 1995 um 20,1 %. Ich räume

ein: von einem niedrigen Niveau aus. Niedersachsen schneidet also mit 18,2 % besser ab als ein finanzstärkeres Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung wird Ihnen auch für die Jahre 1999 und 2000 wieder einen Doppelhaushalt vorlegen. Dazu nur soviel: Die Steuerschätzungen, die es erneut gibt, sehen nicht sehr rosig aus. Wir müssen unverändert von weiteren Einbußen ausgehen. Von daher werden wir nicht nur den bisherigen Sparkurs fortsetzen, sondern ihn stärker als bisher mit einer umfassenden Aufgabenkritik verbinden. Dabei stehen alle, wirklich alle Ausgaben unter einem rigorosen Finanzierungsvorbehalt. Die Vorarbeiten dazu sind angelaufen.

Parallel dazu finden jetzt Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs statt. Unabhängig davon werden die Kommunen in den Jahren 1998, 1999 und 2000 um rund 210 Millionen DM entlastet. Das hängt damit zusammen, daß die Zuschüsse für den Fonds „Deutsche Einheit“ drei Jahre lang von 10 % auf 6,8 % gesenkt werden. Die Einsparungen des Landes, die dadurch erreicht werden, werden an die Kommunen anteilig weitergegeben. Das ist für sie eine ebenso spürbare Entlastung wie die erfolgte Aufhebung der Investitionsbindung für 250 Millionen DM.

(Möllring [CDU]: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit! Das ist doch kein Landesverdienst!)

Ich gehe davon aus, daß wir uns jetzt, nachdem der Wahlkampf vorüber ist, wieder dahin gehend einigen können, daß die makroökonomischen Daten für unsere Volkswirtschaft weder in Mainz noch in Erfurt, nicht in Stuttgart oder Kiel, sondern in Bonn gesetzt werden. Der Versuch der Union, im Landtagswahlkampf darüber hinwegzutäuschen, ist nun wirklich gründlich fehlgeschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Die gescheiterte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit den drastischen Folgen für den Arbeitsmarkt ist der wirkliche Grund für die Aushöhlung der Finanzkraft der Länder und der Kommunen, meine Damen und Herren. Dennoch haben wir in Niedersachsen alles getan, was ein Land tun kann, um aus eigener Kraft für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Beim Anstieg

des Bruttoinlandsprodukts seit 1990 liegen Hessen und Niedersachsen unter den westdeutschen Flächenländern mit einem Plus von 15,1 % gemeinsam auf Platz 1. Die Zahl der Beschäftigten ist von 1990 bis Ende September 1997 im westdeutschen Durchschnitt um 1,9 % gesunken. In Niedersachsen dagegen ist sie um 1,5 % gestiegen. Unter dem Strich sind in Niedersachsen mehr als 34.000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Auch hier liegt Bayern mit einem Verlust von 4.500 Arbeitsplätzen weit hinter unserem Land Niedersachsen. Die Arbeitslosigkeit hat im westdeutschen Durchschnitt seit 1990 um 50 % zugenommen; in Niedersachsen um nur 40 %. Das ist nicht beruhigend, meine Damen und Herren, zeigt aber eine Veränderung des für uns wichtigen Trends.

Mit Geldern aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden 53.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen. Und mit 500 Bürgschaften - gelegentlich massiv kritisiert - und einem Kreditvolumen von 2,7 Milliarden DM konnten wir 54.000 Arbeitsplätze sichern. Dies, meine Damen und Herren, war ganz konkrete Hilfe, und die Menschen in diesem Lande haben das auch verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Unter allen westdeutschen Flächenländern gibt es nur zwei, die 1997 gegenüber 1990 mehr Geld in Investitionen gesteckt haben: Bayern und Niedersachsen. Alle anderen westdeutschen Flächenländer haben ihre Investitionen zurückgenommen, meine Damen und Herren.

Eine besonders bedeutende Investition in den nächsten Jahren ist der Bau des Emssperrwerks. Öffentliche Mittel des Landes und des Bundes werden eingesetzt zur Verbesserung des Küsten- und des Hochwasserschutzes. Zugleich sichert diese Investition den Wirtschaftsstandort im Emsland und damit Tausenden ihren Arbeitsplatz.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Reden Sie darüber mal nicht ganz so fahrlässig! Ihr nicht ganz so glückliches Ergebnis hängt auch damit zusammen, daß Sie immer meinen, gegen Arbeitsplätze arbeiten zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine besonders gute Sache und sollte schon zur Nachdenklichkeit Anlaß geben. - Und

wollen wir jetzt noch einmal über Schleswig-Holstein reden! Wenn man natürlich solch einen Unsinn fordert wie 5 DM für einen Liter Sprit, muß man sich nicht wundern, wenn man auf einmal - ratzfatz geht das - ein Drittel seiner Wähler verliert.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie mit sich selber ausmachen, aber das sollte zum Nachdenken führen; jedenfalls würde ich das als guten Rat mit auf den Weg geben.

Meine Damen und Herren, die Haushaltspolitik des Landes wird künftig noch stärker auf eine Optimierung der eingesetzten öffentlichen Mittel auszurichten sein. Es geht also um die Stärkung der Finanzkraft und des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen, es geht um die Sicherung und um die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Darüber hinaus stärken strategische Allianzen die Wirtschaftskraft. Ein Beispiel hierfür ist die Kooperation mit der NORD/LB bei der Übernahme der früheren Preussag Stahl AG. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nicht umhin, darauf noch einmal zu sprechen zu kommen: Das war eine wichtige und eine richtige Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in diesem Land haben das genau so verstanden und haben all diejenigen abgestraft, die sich hier beckmesserisch hingestellt und diese Entscheidung für Arbeit in diesem Land kritisiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt weitere strategische Allianzen, etwa bei der Bereitstellung von Risikokapital oder bei der Bio-Region mit innovativen und risikobereiten Unternehmen.

Arbeit schaffen, statt Arbeitslosigkeit finanzieren zu müssen, das wird auch in Zukunft eisern die Linie der Landesregierung bleiben. Wir werden Fördermittel dort bereitstellen, wo positive Effekte an anderer Stelle Sozialtransfers verringern. Denn das ist das Ziel unseres niedersächsischen Weges: Arbeit schaffen, statt Arbeitslosigkeit finanzieren zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode dort Akzente setzen, wo Investitionen rentierliche Effekte haben. Das gilt beispielsweise für den Energiebereich, wo Landesregierung und z. B. Wirtschaftsunioren gemeinsam ein mit 2 Millionen DM Landesmitteln ausgestattetes Förderprogramm für innovative Solarprojekte vereinbart haben.

Das Land Niedersachsen, seine Regionen und seine Kommunen sind eingebunden in ein Netzwerk von Gemeinschaftsaufgaben und Förderprogrammen des Bundes und der Europäischen Union. Wir waren in den 90er Jahren durchaus erfolgreich beim Einwerben von EU-Mitteln. Die Förderprogramme hatten positive Anschubeffekte. Sie lösen Impulse für Investitionen aus.

Unser Ehrgeiz muß es deshalb sein, durch präzise wirkende Landesprogramme und durch entschiedene Interessenvertretung dafür zu sorgen, daß Niedersachsen weiter von entsprechenden Programmen profitiert. Für die Zeit nach 1999 setzen wir uns für die Beibehaltung des Förderziels „Entwicklung ländlicher Räume“ ein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eines der großen Reformvorhaben in der vor uns liegenden Wahlperiode bleibt die Modernisierung der staatlichen Verwaltung. Niedersachsen ist in diesem Prozeß mittendrin. Staatsmodernisierung bedeutet dabei für die Landesregierung: Erstens. Wir müssen die vom Staat zu erfüllenden öffentlichen Aufgaben neu bestimmen. Dann müssen wir zweitens die Verwaltungsstrukturen und Verwaltungsabläufe auf allen staatlichen Ebenen umfassend und tiefgreifend neu organisieren. Man spürt, daß dieser Prozeß erfolgreich begonnen hat. Der Staat gehört an die Seite der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft, nicht vor ihre Nase. Der Obrigkeitsstaat ist nämlich tot.

Bei der Modernisierung unserer Verwaltungen haben wir bereits viel erreicht, unter dem Strich wohl mehr als jedes andere Land in der Bundesrepublik und allemal mehr als der zaudernde Bund. Wir haben Aufgaben der Landesverwaltung reduziert, Verwaltungsaufwand minimiert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dabei durchaus motiviert worden, und der Einsatz der knappen Landesressourcen, der knappen Landesmittel, ist deutlich verbessert worden. Das ist der Grund, warum ich mich bei den Beschäftigten des öffentlichen Dien-

stes in Niedersachsen für diese Arbeit und diese besondere Form der Motivation durchaus auch bedanken will.

(Beifall bei der SPD)

Daraus, daß diese Menschen mitmachen, bezieht die Reform ihre Dynamik. Sie lebt von der Beteiligung der Beschäftigten, und sie ist bereit, ihre Erfahrung, ihr Wissen auch zu nutzen.

Die Weiterentwicklung der Reform werden wir mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden soweit es geht diskutieren. Wir werden dabei deutlich machen, daß die Verwaltungsreform für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur belastende Wirkungen hat - das wird sie auch haben, aber nicht nur -, sondern daß damit auch Verbesserungen verbunden sind. Ich denke hierbei an die Delegation von Verantwortung, was ja eine Aufwertung vieler Arbeitsplätze bedeutet. Ich denke an die flexible Gestaltung der Arbeitszeit und der Organisation der Arbeit. Ich denke an die Verbesserung der Bedingungen durch Technikeinsatz. Und natürlich denke ich auch an eine erhebliche Intensivierung der Fortbildung, und zwar derjenigen, die auf den Beruf und den beruflichen Einsatz bezogen ist, so daß jeder seine Qualifikation verbessern und damit seine beruflichen Chancen erhöhen kann.

Meine Damen und Herren, die Politik des aktivierenden Staates in einer aktiven Gesellschaft ist von der Landesregierung bereits angelegt. Wir werden diesen Weg weitergehen. Ich will ihn - um das deutlich zu machen - an verschiedenen Politikbereichen verdeutlichen:

Die Verwaltungsreform hilft, Kosten zu sparen. Um 1,5 Milliarden DM haben wir von 1994 bis 1998 die Personalausgaben reduziert. Zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes wurden 1997 weniger Haushaltsmittel für das aktive Personal aufgewendet als im Vorjahr. Das, so meine ich, dürfte in Deutschland einmalig sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden diesen Kurs fortsetzen. In allen Aufgabenbereichen der Landesverwaltung werden, soweit das aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen möglich ist, bis 2002 betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente wie z. B. Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierung und Controlling eingeführt. Begleitend werden eine strategische

Aufgaben- und Ressourcenplanung sowie ein neues Personalmanagement eingeführt.

Alle Behörden und Einrichtungen des Landes werden verpflichtet, ihre Leistungen, ihre Qualität und ihre Wirtschaftlichkeit zu vergleichen und zu verbessern. Wir machen die Reduzierung von Kosten zum Ziel ihrer Arbeit. Zur Verstärkung der Dienstleistungsfunktion und zur Verbesserung der Kundenorientierung ist stufenweise überall ein aktives Qualitätsmanagement einzuführen. Für diese Maßnahmen stellen wir weitere 50 Millionen DM bereit.

Die Personalausgaben werden weiter zurückgeführt. Bis zum Ende der Legislaturperiode wollen wir insgesamt weitere 5.000 Stellen in der Landesverwaltung einsparen. Der Personalhaushalt wird unter Berücksichtigung der Lohn- und Gehaltserhöhungen um 5 % reduziert. Dazu brauchen wir in allen Verwaltungsbereichen größere Produktivität. Um eine Überalterung der Verwaltung zu vermeiden, wird es einen Einstellungskorridor für Nachwuchskräfte geben.

Meine Damen und Herren, wir wollen die Zahl der in Niedersachsen vorhandenen Verwaltungsvorschriften bis zum Januar 2001 erneut reduzieren, und zwar um die Hälfte, und die Geltungsdauer neuer Verwaltungsvorschriften auf sechs Jahre befristen.

Um Wirksamkeit und Kostenbewußtsein zu stärken, werden wir - einem Beschluß des Landtages entsprechend - künftig Gesetzesfolgenabschätzungen vornehmen.

(Möllring [CDU]: Das steht in der Verfassung!)

Damit soll bereits vor dem Inkrafttreten von Rechtsnormen der gesamte Ressourcenverbrauch ermittelt werden, der bei allen Behörden, auch den kommunalen, voraussichtlich anfallen wird. Die Landesregierung hat dazu bereits Grundsätze erarbeitet - übrigens als erstes Bundesland überhaupt.

Die Aufgaben des Staates müssen neu definiert werden. Das ist eine Konsequenz, wenn der Reformprozeß weitergedacht wird.

Die Forderung nach einem „schlanken Staat“ - und nur nach diesem - ist allerdings zu kurz gegriffen. Wir setzen dem „schlanken Staat“, über den viel geredet worden ist, das Leitbild eines „aktivieren-

den Staates“ in einer „aktiven Gesellschaft“ entgegen.

Der „aktivierende“ Staat erledigt nicht mehr alle öffentlichen Aufgaben selbst. Er beschränkt sich vielmehr auf eine rahmensetzende und gewährleistende Rolle. Ich betone: gewährleistende Rolle. Der Weg dorthin ist steinig und gewiß langwierig. Denn der Staat kann in dieser Logik seine Aufgaben nicht mehr fürsorglich oder autoritär selbst definieren. Die Definition dessen muß ein Prozeß sein, in den die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden. Wir wollen eine bürgerschaftliche Aufgabenkritik und keine abgehobene Experten-debatte.

Die Landesregierung hat in der zurückliegenden Legislaturperiode einen gesellschaftlichen Diskursprozeß zur Neubestimmung der Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft in Gang gesetzt. Auf verschiedenen Ebenen hat der Dialog über die zentralen Fragen einer Neubestimmung staatlicher Aufgaben bereits begonnen. Er wird fortgesetzt.

Weil aber auch die Gemeinden, Städte und Landkreise öffentliche Aufgaben erfüllen, stellen sich diese Fragen für den kommunalen Bereich in durchaus gleicher Weise. Im übrigen erleben die Bürgerinnen und Bürger die Wahrnehmung öffentlicher Angelegenheiten vor allem in ihren Gemeinden. Wir werden daher in enger Abstimmung mit den Kommunen festlegen, welche weiteren Schritte für die Neubestimmung der staatlichen Aufgaben jetzt einzuleiten sind.

Die Menschen in unserem Lande - da bin ich sicher - werden uns auf diesem Weg wie bisher folgen. Denn wir wissen, daß das Bild des anspruchsvollen, aber verdrossenen Bürgers nicht zutrifft. Im Gegenteil, viele finden, daß ihre Bereitschaft zur Mitarbeit von Politik und Staat unterschätzt und nicht überschätzt, behindert und nicht gefördert wird. Wir wollen mit allen gesellschaftlichen Gruppen darüber reden, wie wir das ändern können. Wir wollen Freiräume und Luft zum Atmen schaffen, damit die Fähigkeiten und das Wissen der Menschen, ihre Bereitschaft zum Engagement für die gesamte Gesellschaft auch nutzbar werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel kann dafür die Region Hannover werden, die eine bürgerfreundlichere, effektivere und

kostengünstigere Organisation braucht. Die Bemühungen dazu wird die Landesregierung im Konsens mit den daran bereits Beteiligten unterstützen.

(Lindhorst [CDU]: Okay!)

Meine Damen und Herren, die Gesellschaft verändert sich, also muß sich auch die Schule verändern. Die Gleichung „Mehr Geld = Bessere Bildung“ hat so nie gestimmt. Wir brauchen mehr denn je die Befähigung zum lebenslangen Lernen. Die Schule muß jungen Menschen diese Fähigkeit vermitteln, damit sie nicht nur im beruflichen, aber eben auch und gerade im beruflichen Leben bestehen können.

Sichern und Erhalten, Fortentwickeln und Öffnen sind deshalb die bildungspolitischen Antworten der Landesregierung auf die Herausforderungen der Zukunft. Dazu gehören: Sichern der Unterrichtsversorgung und Ausbau von Reformprojekten wie Volle Halbtagschulen und integrative Einrichtungen, Öffnen der Schulen für außerschulische Angebote.

(Möllring [CDU]: Und das alles ohne Geld!)

Wir wollen eine Schule mit mehr Verantwortung und Eigenständigkeit. Dazu gehört mehr Praxisorientierung im Lehrstudium. Wir werden unsere Ausbildungsplatzoffensive fortsetzen und das duale Ausbildungssystem entsprechend fortentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Unterrichtsversorgung sichern.

(Oh! bei der CDU - Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich nur auf drei wichtige Vorhaben näher eingehen.

(Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Aber auch diese dauernden Mäkeleien haben doch zu nichts geführt. Das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Was soll ich nur mit einer Opposition anfangen, die jetzt offenbar dabei ist, in den nächsten fünf Jahren die gleichen Fehler zu wiederholen, die sie

in den letzten vier Jahren gemacht hat? Das ist doch nichts!

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Sie benehmen sich ja ziemlich arrogant gegenüber den Eltern der Schüler! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Ich verstehe es nicht; ich verstehe es wirklich nicht.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, so geht es auch nicht!

Schröder, Ministerpräsident:

Sie können doch nicht ein Konzept, das nachgerade zu einer desaströsen Niederlage geführt hat, einfach weiterführen wollen. Da muß ich ja förmlich Mitleid mit Ihnen kriegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auf nur drei wichtige Vorhaben näher eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren:

Erstens. Mit dem „Konzept 2003“ hat die Landesregierung die Grundlagen dafür geschaffen, den Anstieg der Schülerzahlen bis zum Jahre 2003 zu bewältigen. Die wichtigsten Punkte sind: Alle Stellen werden wiederbesetzt. Die Arbeitszeit wird flexibler, und Arbeitszeitkonten werden eingerichtet. Ich versichere den Lehrerinnen und Lehrern, ihren Verbänden und der Gewerkschaft: Wir werden in der Frage der Arbeitszeitkonten ein verlässlicher Partner sein, auch wenn wir nicht zu einer gemeinsamen Vereinbarung kommen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Altersteilzeitmodell ist in Arbeit. In den Jahren bis 2003 werden durch unsere Einstellungs politik mindestens 15.000 - ich erwähne noch einmal: 15.000 - jüngere Lehrkräfte in den Schuldienst kommen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Schulen werden moderner - technisch und pädagogisch. Das heißt zweitens: Computeraus-

stattung und die Vernetzung der Schulen sowie die Multimedia-Ausbildung der Lehrkräfte. All das werden wir weiter voranbringen.

Drittens. Das gemeinsam mit der Niedersächsischen Energieagentur entwickelte NESSI-Programm ist mit großem Erfolg gestartet. Damit konnte an einigen Schulen eine Energieersparnis von bis zu 70 % erreicht werden. Das ist praktische Umwelterziehung und im übrigen ein direkter Beitrag zum Klimaschutz. Bei dieser Bilanz kann es nur eine Folgerung geben: Dieses Programm NESSI wird fortgeführt werden.

Eine moderne Schule benötigt eine moderne Organisation. Mit der Schul- und Verwaltungsreform strebt die Landesregierung deshalb neben der inhaltlichen auch eine organisatorische Stärkung der Schule an.

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Wenn aber Kompetenzen direkt an die Schulen übergeben werden, bedeutet das auch mehr Verantwortung und Eigeninitiative von allen Beteiligten: von Schülern, von Lehrern und auch von Eltern. Dazu gehört auch die Notwendigkeit, daß die Lehrkräfte ihre Arbeitszeit zwischen Unterrichtszeiten und unterrichtsfreien Zeiten effektiver und ökonomischer planen. Ich sage es noch einmal: daß die Lehrkräfte ihre Arbeitszeit zwischen Unterrichtszeiten und unterrichtsfreien Zeiten - was ja Arbeitszeiten sind; das darf man nicht aus dem Gedächtnis verlieren - effektiver und ökonomischer planen.

(Zurufe)

- Das können Sie nicht gut hören. Aber es ist richtig, das immer wieder zu sagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Frau Harms [GRÜNE]: Das klang schon einmal anders)

- Effektiver und ökonomischer planen ist eine freundliche Umschreibung für das, was ich schon seit zehn Jahren will. Haben wir uns jetzt darüber geeinigt? - Das werden wir auch durchsetzen, gleichgültig, was Sie dagegen einwenden.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Schulinterne Planungen und Fortbildung gehören genauso wie Betriebsausflüge - jetzt kommt es - in

die unterrichtsfreie Arbeitszeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Haben Sie etwas dagegen? - Meine Damen und Herren, wir haben in Niedersachsen den Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Kindergartenplatz weitgehend erfüllt. Dafür hat das Land insgesamt 296 Millionen DM ausgegeben. Als Finanzhilfe für Personalkosten für diejenigen, die einen Kindergartenplatz bekommen - das war uns wichtig, und das bleibt wichtig -, hat das Land bisher 1,1 Milliarden DM bereitgestellt. Das ist eine riesige Summe, deren Bedeutung von den Kritikern nur unzureichend erkannt wird.

(Beifall bei der SPD)

Um diese Zahlungen möglichst einfach zu leisten, wird geprüft, ob dies, besser als im bisherigen System über den kommunalen Finanzausgleich, im Einvernehmen mit den kommunalen und freien Trägern geschehen kann. Wir werden dabei an den Personalstandards des Kitagesetzes festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nun ein Wort zu einem Thema, das mir besonders am Herzen liegt: ein Wort zur Zukunft des Ausbildungssystems. Die Landesregierung hat große Anstrengungen unternommen und wird auch weiterhin nichts unversucht lassen, damit junge Leute einen Ausbildungsplatz erhalten. Meine Damen und Herren, Ausbildung muß vor allem im Betrieb stattfinden. Ich verstehe ja die beckmesserische Kritik derer, die versucht haben, zum Beispiel das, was wir in der Staatskanzlei im letzten Jahr unternommen haben, runterzumachen. Tausend Leuten ist geholfen worden. Das ist keine große Zahl - ich räume es ja ein. Aber, meine Damen und Herren, eines sage ich Ihnen: Wenn Politik so konkret hilft, dann ist das tausendmal besser als alle Papiere, die Sie vollschreiben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir werden am dualen Ausbildungssystem festhalten, einem Ausbildungssystem, das selbstverständlich den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden muß.

(Möllring [CDU]: Sagen Sie doch einmal etwas zur Ausbildungsplatzabgabe!)

Die schleichende Verstaatlichung der Berufsausbildung können, wollen und werden wir nicht hinnehmen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Aber eine Abgabe einführen!)

Der wirtschaftliche Strukturwandel braucht gut ausgebildete Menschen. Ich danke ausdrücklich den Unternehmensleitern, den Ausbildern, insbesondere aber den Tausenden von Handwerksmeistern dafür, daß sie in den vergangenen Jahren zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Es war eine meiner schönsten, meiner besten Erfahrungen in meiner politischen Arbeit, daß wir es in Zusammenarbeit mit diesen Handwerksmeistern, ihren Verbänden und Organisationen, in Zusammenarbeit mit denjenigen, die Verantwortung in den niedersächsischen Unternehmen haben, geschafft haben, Ausbildungsleistungen zu erbringen, die über das hinausgehen, was im Bundesgebiet möglich gewesen ist. Ich will das fortsetzen, meine Damen und Herren, im Interesse der jungen Menschen!

(Beifall bei der SPD)

Denn es hat doch keinen Sinn, über die angebliche Aussteigewilligkeit junger Leute zu quatschen, wenn wir es nicht schaffen, ihnen einen Einstieg in das Arbeitsleben zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, auch in den nächsten Jahren wird einiges auf uns zukommen, was diese Frage angeht. In den kommenden zehn Jahren brauchen wir jedes Jahr rund 1.200 neue Ausbildungsplätze, und zwar zusätzlich zu dem, was wir haben, um den jungen Menschen eine Chance zu geben. Ich bin überzeugt, daß dieses Ziel auch ohne staatliche Sanktionen erreichbar ist. Die Landesregierung würde es daher außerordentlich begrüßen, wenn die Sozialpartner wenigstens für den Zeitraum der steigenden Nachfrage zu einer Vereinbarung über die Senkung der berufsbildungsrelevanten Kosten, zum Beispiel der Kammergebühren, kämen.

Im Hinblick auf regionale Ausbildungskonferenzen orientieren wir uns an guten Beispielen. Ich will einmal eines nennen. Was im Emsland, in dem dortigen Landkreis, gemacht worden ist, ist eine ausgezeichnete Geschichte.

(Zuruf von der CDU)

- Habe ich das jemals bestritten? Warum sollte man das hier nicht einmal unterstreichen? Das ist gut gemacht gewesen,

(Zuruf von Jansen [CDU])

wer immer sich das zurechnen lassen kann. Das soll er sich auf sein Guthabekonto schreiben. In Ordnung! Den jungen Leuten hat es geholfen. Darum geht es doch letztlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Durch regionale Ausbildungskonferenzen wollen wir Betriebe und Ausbildungsplatzsuchende zusammenführen. Unsere Erfahrung ist, daß das auf der Ebene des Landes wegen der mangelnden Nähe zu den Plätzen einerseits und den Suchenden andererseits schwieriger zu bewerkstelligen ist, als wenn man das regionalisiert. Deshalb wollen wir solche regionalen Ausbildungskonferenzen initiieren. Ein Schwergewicht legen wir auf die Entwicklung und Förderung von Ausbildungsverbänden - auch das hat sich als eine gute Möglichkeit erwiesen - und auf Lernortkooperationen. So können zusätzliche Betriebe für die Berufsausbildung gewonnen werden, und zwar Betriebe, die das aus eigener Kraft nicht könnten. Wenn sie sich aber zusammentun, kann etwas daraus werden. Die Lage ist nach wie vor dramatisch. Wir müssen dieses Problem lösen, und wir können dieses Problem lösen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die überbetriebliche Ausbildung noch stärker als bisher fördern und setzen hierfür zusätzlich 2 Millionen DM ein. Darüber hinaus werden wir vorhandene Ausbildungskapazitäten erhalten und die Ausbildungsleistung im Landesdienst erneut steigern, meine Damen und Herren!

Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft haben die Hochschulen eine Schlüsselrolle. Sie sind Wegbereiter unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts. Das aber setzt Planungssicher-

heit und Qualitätssicherung in Forschung und Lehre voraus. Dem dient die von der Landesregierung mit den Hochschulen vereinbarte Innovationsoffensive. Die Voraussetzungen dafür sind gut, meine Damen und Herren! Bei dem naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchspotential liegt Niedersachsen - auch das gilt es einmal gemeinsam herauszustreichen; wir haben doch in den nächsten fünf Jahren keine Landtagswahlen - im Bundesdurchschnitt an der Spitze, meine Damen und Herren! Das müssen wir auch sagen!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mehr Studierende in Mathematik und in den Naturwissenschaften, und wir haben deutlich mehr Studierende in den Ingenieurwissenschaften. Die Praxisnähe der Hochschulausbildung in Niedersachsen ist dabei deutlich größer als in allen anderen Ländern. In einem Gutachten - übrigens erstellt nicht im Auftrag der Landesregierung, sondern erstellt im Auftrag der niedersächsischen Unternehmerverbände - kommt das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft denn auch zu folgendem Schluß - ob die Auftraggeber das so gewollt hatten, weiß ich nicht -: Im Vergleich zu den Entwicklungen in anderen Bundesländern könnten die Reformansätze in Niedersachsen als vorbildlich angesehen werden. So zitiert das Magazin „Focus“, auch nicht das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, diese Studie in seiner heutigen Ausgabe.

Bei der Vergabe von Forschungsförderungsmitteln, zum Beispiel aus dem niedersächsischen VW-Vorab, wird uns künftig der fachliche Rat der Wissenschaftlichen Kommission unterstützen, die in diesen Monaten ihre Arbeit unter dem Vorsitz von Professor Dr. Frühwald aufgenommen hat. Ich habe mich übrigens außerordentlich gefreut, daß Herr Frühwald diese Aufgabe übernommen hat. Die Kommission wird - einmalig in Deutschland - auch neue Verfahren zur Evaluierung von Forschungsleistungen in Niedersachsen entwickeln, meine Damen und Herren.

Ein gemeinsames Aktionsprogramm von Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium unter dem Titel „Wissenschaft und Wirtschaft für neue Arbeitsplätze“ wird die arbeitsplatzrelevanten Aktivitäten beider Ressorts bündeln, um damit größtmögliche Wirkungen für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erzielen. Hier - das gilt es auch einmal dankbar anzuerken-

nen; ich tue es jedenfalls - hat die ausscheidende Ministerin gute Vorarbeiten geleistet, auf die der Nachfolger aufbauen kann. Aber von ihm wird in den nächsten fünf Jahren eine Menge erwartet werden. Ich bin ganz sicher, daß er es zusammen mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch leisten können wird.

(Beifall bei der SPD)

Um Beispiele zu nennen: So wird in Göttingen in Kooperation der Universität mit der Stadt und mit Unternehmen ein Gründerzentrum entstehen. Hier bekommen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Möglichkeit, sich selbständig zu machen. Das meine ich, wenn ich davon spreche, daß der Zeitraum zwischen Forschungsergebnis, daraus entstehender Produktidee und deren Marktreife unbedingt kürzer werden muß. Wir brauchen mehr solcher Kooperationen zwischen Hochschulen und Instituten und der Wirtschaft.

Entsprechend müssen auch die Studienangebote modernisiert werden. Die Stärken der Hochschulen zu betonen, ihr Profil weiterzuentwickeln - dazu gehört ein ausgeglichenes regionales Angebot und der weitere Ausbau der Fachhochschulen; ein Sektor, auf dem wir immer gut waren und weiterhin gut bleiben wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dabei werden wir den Weg der wirtschaftlichen Verselbständigung der Hochschulen konsequent weitergehen. Er wird mit Wettbewerbselementen verbunden. Auch die Hochschulen - nicht nur die Fachhochschulen - sollen Landesbetriebe mit Global-Etats werden. Deren Leitungsstrukturen werden wir angesichts dessen neu ordnen müssen.

Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um das, was man die harten Standortfaktoren nennt, es geht auch um die anderen. Ich zitiere:

„Kunst ist das, was Welt wird, nicht was Welt ist.“

Das ist von Karl Kraus. Folglich ist staatliche Kunstförderung immer auch eine Investition in die Zukunft, und eine risikobereite und von freiheitlichem Geist beseelte dazu. Ich bin stolz darauf, daß in Niedersachsen keine einzige Bühne, kein Museum geschlossen wurde. Im Gegenteil: In die Modernisierung der niedersächsischen Theater sind erhebliche Mittel geflossen. Auch finanzielle Un-

terstützung des Landes hat dabei mitgeholfen, daß in Hannover mit der Kestnergesellschaft ein Haus der Kunst entstand, das weit über unsere Landes- wie Bundesgrenzen hinaus international positiv Aufsehen erregt hat. Das war nur möglich - auch das sage ich hier mit Respekt und Dankbarkeit -, weil Helga Schuchardt immer wieder hartnäckig und einfallsreich für dieses Projekt eingestanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wissenschafts- und Kulturförderung - ohne sie ist wirtschaftliche Entwicklung auf Dauer nicht zu bekommen.

Was für die Kultur gilt, meine Damen und Herren, gilt auch für den Sport als Faktor moderner Lebensgestaltung. Deshalb ist es unser Ziel, die Möglichkeiten zur Sportausübung und die Infrastrukturen für den Sport zu sichern. Die Landesregierung dankt den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - nicht nur in den Sportvereinen - für ihr Engagement. Ihre durch Freiwilligkeit, Selbstverantwortung und Solidarität gekennzeichneten Tätigkeiten müssen durch eine angemessene - Herr Sportminister - staatliche Förderung anerkannt und gesichert werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit unserer Wirtschaftspolitik in Niedersachsen wollen wir zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft beitragen. Wir setzen dabei auf die Verbindung von Leistung, Wettbewerb und sozialer Verantwortung. Wir ermutigen und fördern unternehmerischen Geist - wie in der Vergangenheit, so auch in der neuen Legislaturperiode. Das ist unsere Antwort auf die Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts.

Anfang des Jahres waren 445.000 Menschen in Niedersachsen ohne Arbeit. Allein 160.000 von ihnen sind Langzeitarbeitslose, darunter - das muß uns alle beschäftigen und berühren - mehr und mehr Jugendliche und junge Erwachsene. In Deutschland sind fast 5 Millionen Menschen arbeitslos. Diese Zahlen machen klar, daß mit den Möglichkeiten der Landespolitik allein keine durchgreifende Besserung möglich ist. Dennoch haben wir in unserem Land Niedersachsen Erfolge. Wir führen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor allem auf dem ersten Arbeitsmarkt. Mit unse-

ren Existenzgründungsprogrammen haben wir gute Erfolge gehabt. Ich nenne beispielhaft das Existenzgründerinnenprogramm: Rund 1.500 Frauen haben sich selbständig machen können und fast 5.000 Arbeitsplätze geschaffen. Der Weg zurück aus der Arbeitslosigkeit kann und soll - künftig verstärkt mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit - auch in die Selbständigkeit führen.

Der Abbau bürokratischer Hemmnisse in Kombination mit Starthilfen bei der Existenzgründung und eine gezielte Förderung beschäftigungswirksamer Technologiepolitik, wie wir sie in Niedersachsen erproben, hilft dabei. Im Zentrum stehen Handwerk und Mittelstand.

(Eveslage [CDU] liest ein ihm überbrachtes Schriftstück)

- Meinen Sie, Sie bekommen es noch hinreichend früh fertig?

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Was sind Sie heute dünnhäutig!)

- Überhaupt nicht. Wozu? Ich will ihm nur die Gelegenheit geben, seine Unterschrift zu leisten. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, die mittelständischen Unternehmen stellen etwa drei Viertel aller Arbeitsplätze und rund 80 % aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Niedersachsen zählt damit zu den am stärksten durch kleine und mittlere Betriebe geprägten Bundesländern Westdeutschlands. Nur der Mittelstand konnte in den vergangenen Jahren Beschäftigungszuwächse nachweisen und sein Ausbildungsplatzangebot erweitern. Die Politik muß hier Rahmenbedingungen schaffen, um die Innovationsfähigkeit dieser Unternehmen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dann - und nur dann - werden kleine und mittlere Unternehmen noch mehr zum Motor für Wachstum und Innovation und damit zum Motor für zukunftssichere Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Landesregierung hat hierfür ganz unkonventionell und für die Bundesrepublik erstmalig ein ganzheitliches Mittelstandskonzept erarbeitet. Gemeinsam mit den Vertretern aus Handwerk, Handel und freien Berufen sind in einer Art „Koalitionsvereinbarung“ die Ziele, Handlungsfelder und konkreten Maßnahmen formuliert worden, Ziele, die bei der Bewältigung des Strukturwandels helfen werden. Das Mittelstandskonzept, das wir

gemeinsam gemacht haben, wird auch in dieser Legislaturperiode im Dialog mit den Wirtschaftsgruppen aktualisiert und fortgeschrieben werden.

Die Landesregierung wird auch das Landesdarlehnsprogramm im bisherigen Umfang - ungeachtet der finanziellen Probleme, die wir haben - fortführen.

(Beifall bei der SPD)

Hohe Qualifikation der Führungskräfte in Industrie und Dienstleistung ist eine entscheidende Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir müssen jedoch feststellen, daß deutsche Unternehmen ihre Führungskräfte mehr und mehr im Ausland fortbilden lassen und tüchtige deutsche Studienabgänger zur Postgraduiertenausbildung zunehmend auf renommierte ausländische Hochschulen ausweichen. Offenkundig fehlt es also an den für eine qualitativ hochwertige Fortbildung geeigneten und international anerkannten Einrichtungen in Deutschland. Die Landesregierung wird deshalb gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen wie dem Software-Haus Baan in Hannover eine „Business School“ für Hochschulabsolventen und das operative Management errichten. Die Ausbildungsprogramme werden sich auf die Optimierung der betriebswirtschaftlich-technologischen Unternehmensführung konzentrieren. Wir werden Erfolg dabei haben und dadurch den Standort weiter stärken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vielleicht wird es Sie überraschen, wenn ich im Zusammenhang mit der Mittelstandspolitik, ausgerechnet mit ihr, noch einmal kurz auf die Übernahme der Preussag Stahl AG durch das Land und die Norddeutsche Landesbank eingehe. Das Stahlwerk ist - Sie wissen es oder haben es jedenfalls lernen können - das Herzstück der Region um Salzgitter und Peine,

(Beifall bei der SPD)

nicht nur wegen der Tradition der Stahlindustrie, sondern wegen der ökonomischen Bedeutung des Unternehmens. Preussag Stahl vergibt Jahr für Jahr Aufträge in Höhe von 350 Millionen DM an Handwerk und Mittelstand in der Region. Allein diese Aufträge, die Arbeit und Einkommen bei vielen kleinen Betrieben und Zulieferern sichern, hätten unser Engagement schon gerechtfertigt. Übrigens, um das deutlich zu machen: Die Bedin-

gungen dafür, Teile des Aktienkapitals an die Börse zu bringen, sind glänzend. Wir werden das in sehr viel kürzerer Zeit, vermutlich noch im Sommer dieses Jahres, schaffen. Damit wird bewiesen werden, daß dieses Engagement für Arbeitsplätze sowohl sozial gerechtfertigt als auch wirtschaftlich vernünftig war. Beides zusammen ist erreicht worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Aber es wird kein Druck auf die Unternehmensleitung ausgeübt werden. Sorgfalt, Rücksicht auf die Performance des Unternehmens am Markt gehen vor Schnelligkeit. Das muß und das kann jeder wissen. Das wird in Schritten erfolgen und in enger Abstimmung mit den Unternehmensleitungen, mit den Beschäftigten, ihrer Interessenvertretung, den Betriebsräten, und denjenigen, die uns dabei sehr unterstützt haben und sehr hilfreich waren, ihrer Gewerkschaft, der IG Metall.

(Beifall bei der SPD)

Was für Preussag Stahl galt, gilt auch und naturgemäß in erhöhtem Maße für Volkswagen. Volkswagen vergibt Aufträge in Höhe von vielen Milliarden DM allein in Niedersachsen an seine Zulieferer. Auch deshalb wird das Land die geplante Kapitalerhöhung in vollem Umfang mitmachen. Wir leisten damit unseren Beitrag zur Sicherung der VW-Produktionsstandorte in unserem Land Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch in diesem Zusammenhang deutlich an die Adresse des einen oder anderen, der meint, mit diesem Unternehmen umgehen zu müssen, als sei es eines aus grauer Vorzeit: Wir haben am Standort Deutschland und natürlich auch hier vor allen Dingen ein Problem, was die Produktion angeht. Das ist der Grund, weshalb wir in diesem Land um jeden Produktionsarbeitsplatz kämpfen. Das ist der Grund - warum soll ich das nicht einmal sagen, meine Damen und Herren -, weshalb ich es keinesfalls als Diffamierung empfinde, sondern außerordentlich stolz darauf bin, wenn man mich als Auto-Mann bezeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Wer immer das einem als Diskreditierung ankleben will, verkennt dabei, wieviel Hunderttausende von Menschen in diesem Unternehmen

(Frau Harms [GRÜNE]: Auto-Männer!)

- ja, Frau Harms, daß Sie das nicht interessiert, ist doch ganz klar! - für sich und ihre Familien Arbeit und Brot finden und damit ihre Existenzsicherung bestreiten. Das soll so bleiben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Auch unsere Technologiepolitik wird wie bisher auf Beschäftigungssicherung ausgerichtet und orientiert. Ein paar Beispiele: Die BioRegion ist ein biotechnologisches Netzwerk, bestehend aus 150 kooperierenden Partnern aus Universitäten, Forschungseinrichtungen, Industrieunternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Mit dem Forschungsflughafen Braunschweig beschreiten Landesregierung und in Braunschweig ansässige Institute und Unternehmen aus der Luft- und Raumfahrt neue Wege der Zusammenarbeit. Mit dem Kompetenzzentrum für Sicherheit im Flugverkehr, dem Campus für praxisnahe Ausbildung und Neugründung innovativer Unternehmen und mit dem Experimentierfeld für neue Produkte und Verfahren entsteht in Braunschweig auf dem Gelände des Flughafens ein Hochtechnologiestandort für Luft- und Raumfahrt, der in der Bundesrepublik Deutschland einzigartig sein wird.

Ein weiteres Beispiel zukunftsorientierter Technologiepolitik ist die Errichtung des Zentrums für Faserverbundwerkstoffe ebenso wie eine Bündelung von Forschungsaktivitäten niedersächsischer Industrieunternehmen und Universitäten im Bereich der Akustikforschung und der Anwendung in diesem Forschungsbereich.

Still, aber erfolgreich hat es beeindruckende Entwicklungen im Medienbereich gegeben. Das Medienzentrum in Hannover und das Institut für Nachrichtentechnik in Braunschweig stehen für Kompetenz, auch zukunftsgerichtete Kompetenz, im Medienbereich. Die Landesregierung will und wird auf diesem Weg fortschreiten und im Gespräch mit allen Partnern der Medienwirtschaft in Niedersachsen weitere Entwicklungschancen ausloten. Die alljährliche CeBIT und die EXPO 2000 könnten hier - wie die CeBIT in der Vergangenheit auch - als Katalysatoren wirken.

Übrigens, was die EXPO angeht: Die EXPO 2000 wird zu einer Zukunftsinvestition mit unschätzba-

rem Nutzen für das Land Niedersachsen. Die Region Hannover wird davon besonders profitieren. In aller Deutlichkeit will ich deshalb heute noch einmal unterstreichen, daß die öffentlichen Investitionen und die Beteiligung an der EXPO-Gesellschaft Investitionen in die Zukunft unseres Landes, und zwar des gesamten Landes, sind.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Norden Deutschlands wird, ja die ganze Republik wird von dem Milliardenprojekt profitieren. Unsere Aufgabe wird es sein, die einmaligen Chancen, die sich für Niedersachsen und den Messestandort Hannover ergeben, auch über das Jahr 2000 hinaus zu nutzen. Wir tun gut daran, die Dynamik, die sich aus der EXPO 2000 ergibt und die das Weltinteresse auf Niedersachsen lenkt, zu nutzen.

Meine Damen und Herren, Unternehmen sind auf Infrastruktur angewiesen. Darum werden wir den steten Ausbau der Verkehrswege fortsetzen. Aber neue Straßen allein sind - das wissen Sie alle - keine Zukunftslösung. Mit unserem Mobilitätskonzept wird erstmals Mobilität als Quelle von Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie und im Dienstleistungsbereich begriffen. Die in Niedersachsen bereits vorhandenen Kristallisationskerne einer Mobilitätswirtschaft werden enger miteinander verknüpft. Niedersachsen wird damit zur Kompetenzregion auf diesem Feld entwickelt, einer Kompetenzregion, die internationale Impulse geben, aber naturgemäß auch empfangen kann.

Dies bedeutet nicht nur, die Verkehrsträger künftig besser miteinander zu vernetzen, was durch bessere Informationen für die Verkehrsteilnehmer geschehen kann. Eine zentrale Rolle spielt dabei die neue Technologie der Verkehrstelematik. Hier wird, beginnend in der Region Hannover unter dem Namen „move“, gefolgt von Braunschweig mit „Info-Regio“, ein neues Leitsystem aufgebaut.

Moderne Infrastruktur ist auch notwendig für die Entwicklung des Tourismus, der in unserem Land ein wichtiger Wirtschaftszweig ist. Diese beschäftigungsintensive Branche stellt zahlreiche standortgebundene Arbeitsplätze zur Verfügung. Von ihren Umsätzen profitieren Einzelhandel, Handwerk, Transportunternehmen und auch und gerade die Dienstleister. Regionen und Verbände, die mit neuen Ideen und Konzepten an der touristischen Entwicklung Niedersachsens mitarbeiten wollen,

können auch zukünftig mit der Unterstützung der Landesregierung rechnen.

In ihrer wirtschaftlichen Bedeutung häufig unterschätzt werden die Agrarproduktion und die hiesige Ernährungswirtschaft. Sie haben im Bundesvergleich eine herausragende Bedeutung. Mit etwa 200.000 Arbeitsplätzen in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion und vor allen Dingen in der Weiterverarbeitung ist dieser Sektor nach der Automobilindustrie der zweitwichtigste Wirtschaftszweig in unserem Land. Rund 35 Milliarden DM erwirtschaftet die Ernährungsindustrie. Das sind 18 % am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen.

Den Agrarbereich prägen aber nicht nur Großunternehmen. Die bäuerlichen Familienbetriebe werden wir weiter mit Programmen und Projekten unterstützen. Deshalb wird es in Niedersachsen auch in Zukunft ein eigenständiges Landwirtschaftsministerium geben. Sie haben heute ja bereits mit dafür gesorgt, daß das nicht nur Ankündigung geblieben, sondern Realität geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Zur Fortführung unserer Arbeit für den ländlichen Raum und in Respekt vor den bäuerlichen Traditionen dieses Landes haben wir jede Diskussion, das Landwirtschaftsministerium aufzulösen oder es mit anderen zu verbinden, von vornherein unterbunden.

Wir verbinden diese Traditionen mit neuen Entwicklungen. Im nächsten Monat wird die Warenterminbörse Hannover AG, die bisher erste ihrer Art in Deutschland, ihre Arbeit aufnehmen. Die Landesregierung hat dieses Projekt nach Kräften unterstützt. Die Warenterminbörse ist zukunftsorientiert angelegt. Sie wird sich nicht nur auf den Agrarbereich beschränken, sondern auch andere Märkte, etwa den Altpapierbereich, aber auch die Energiemärkte, einbeziehen. Die Warenterminbörse wird - da bin ich sicher - den Börsenstandort Hannover stärken.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist klar geworden, was ich meine, wenn ich vor allem auf die Bedeutung des ersten Arbeitsmarktes im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verweise. Wir brauchen aber selbstverständlich auch weiterhin staatliche Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung und Qualifikation. Wir brauchen befri-

stete Programme und Projekte, die Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen sollen. Dabei werden wir den Schwerpunkt unserer arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten auf die berufliche Eingliederung der arbeitslosen jungen Menschen legen. Gerade für sie müssen wir berufliche Perspektiven eröffnen, um ihnen volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

In Niedersachsen gibt es 4.500 Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren. Wir haben das ehrgeizige Ziel, jedem dieser Menschen ein Beschäftigungs- oder Qualifizierungsangebot zu machen. Dazu wird auch gehören, daß wir die jungen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger - in der Altersgruppe zwischen 15 und 25 Jahren gibt es 50.000 - bei der Ausbildungsplatzsuche unterstützen. Um hier Gelder wirksam einzusetzen, bedarf es nicht nur der Maßnahmen des Landes, sondern auch einer Änderung des Bundesrechtes. Denn natürlich muß es möglich sein, Sozialhilfe mit arbeitsmarktpolitischen Programmen zu verknüpfen. So werden wir das bewährte Programm der Sozialen Betriebe fortsetzen, meine Damen und Herren. Im übrigen wird gelten - das gilt es auch wirklich als Anliegen der gesamten Politik klarzumachen -: Es gibt ein vielleicht juristisch nicht einklagbares, aber moralisches Recht auf Arbeit und Ausbildung. Das glaube ich.

(Starker Beifall bei der SPD)

Aber wo immer das der Fall ist, korrespondiert mit diesem Recht auch eine Pflicht, etwas für sich selbst und damit für die Gesellschaft zu tun. Auch das, meine ich, sollte unterstrichen werden.

Ein wichtiger Bestandteil unseres Arbeitsmarktprogramms bleibt die Förderung der Qualifizierung von Arbeitslosen durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. In der laufenden Förderperiode, die noch bis 1999 läuft, konnte das zur Verfügung gestellte Fördervolumen voll ausgeschöpft werden. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß auch in der folgenden Förderperiode von 2000 bis zum Jahr 2006 ein hoher Anteil der Finanzmittel der Europäischen Union für Niedersachsen erhalten bleibt.

Mehr noch als in jedem anderen Politikbereich ist gerade in der Sozialpolitik die Verknüpfung von Modernisierung und sozialer Verantwortung unabdingbar. Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, aber auch Krankheit, Alter, Invalidität und Behinderun-

gen dürfen niemanden in das soziale Abseits führen. Wenn aber die finanziellen Mittel der öffentlichen Hand knapper werden, muß ihr Einsatz optimiert werden. Ein Maximum von Hilfe und Leistungen muß bei den Betroffenen und Hilfsbedürftigen ankommen. Verfahren und Verwaltung der Vergabe müssen möglichst kostengünstig gestaltet werden. Auch das muß fortschreiten.

(Beifall bei der SPD)

In Niedersachsen haben wir entlang diesen Vorstellungen erfolgreich damit begonnen, die Sozialpolitik zu modernisieren.

(Zuruf von der CDU: Er weiß gar nicht, wovon er spricht!)

Das sozialpolitische Qualitätsmanagement ist bereits auf einem guten Weg. Von dem Benchmarking-Projekt, das wir bei den Drogenberatungsstellen gestartet haben, erwarten wir uns eine Qualitätsverbesserung in der Arbeit und eine wirtschaftlichere Mittelverwendung. Zur besseren Ausnutzung der Mittel werden wir im Bereich der Arbeitsmarktpolitik eine Budgetierung einführen, um so schneller und auch zielgerichteter reagieren zu können.

Als weiteres gelungenes Beispiel für den wirksamen Einsatz von Steuergeldern möchte ich das Modell „Soziale Stadterneuerung“ im hannoverschen Stadtteil Vahrenheide nennen. Dort konzentrieren wir unter aktiver Bürgerbeteiligung Gelder aus Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung, Stadterneuerung und Sozialberatung, um für ein ganz bestimmtes, begrenztes Gebiet möglichst viel zu erreichen. Diese Form der Konzentration unterschiedlicher Mittel bedeutet Effizienzsteigerung und dadurch mehr Wirksamkeit für die Betroffenen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Der Wohnungsmarkt in Niedersachsen hat sich, nicht zuletzt aufgrund der erfolgreichen Wohnungspolitik der Landesregierung, weitgehend entspannt.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei der CDU)

- An diese Debatte erinnere ich mich sehr gerne. Was wir vorgefunden haben, als wir 1990 in die

Regierung kamen, war eine soziale Katastrophe, verursacht von der Union!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Was?)

Ohne die Förderprogramme, die wir danach, in den ersten, aber auch in den zweiten vier Jahren, aufgelegt haben - in den ersten vier Jahren sogar als rot-grüne Landesregierung -, sähe es in Niedersachsen, von Ihnen verursacht und von Ihnen möglicherweise gewollt, ziemlich düster auf dem Wohnungsmarkt aus. Das muß man einmal deutlich sagen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Dank unserer Förderprogramme ist wirklich von Entspannung zu reden. So finden Wohnungssuchende mit mittlerem Einkommen heute relativ problemlos die Wohnung, die sie brauchen, und die, die sie suchen.

(Zuruf von Frau Pawelski [CDU])

Das Wohnen muß aber auch für einkommensschwache Mitbürger menschenwürdig und bezahlbar bleiben. Daran richtet sich unsere Förderpolitik aus. Sie hilft überwiegend im Mietwohnungsbereich, wird aber auch der Eigenheimförderung wieder mehr Gewicht einräumen. Das Wohnraumangebot muß durch Neubauten erweitert, und der Bestand muß vor allem qualitativ gesichert werden. Entsprechend sind unsere Wohnungsbauprogramme ausgestaltet. Wir wollen ebenso einen Beitrag zur Verbesserung der Baukonjunktur leisten und werden deshalb einen Wohnungsbaufonds einrichten, der aus Rückflüssen von Wohnungsbaudarlehen gespeist wird.

(Möllring [CDU]: Den gibt es doch schon! Bei der Landesförderanstalt!)

Im sozialen Bereich ist Niedersachsen heute gut mit ambulanten und stationären Angeboten ausgestattet - Angeboten, um kranken, alten und behinderten Menschen die notwendige Unterstützung zu geben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Optimierung und Modernisierung haben jetzt Vorrang. Wir wollen die Möglichkeiten des selbstbestimmten, eigenständigen Lebens weiter verbessern. Das bedeutet für viele behinderte Menschen, ihnen die Chance auf ein eigenes Erwerbseinkommen

men zu eröffnen. Die Landesregierung wird deshalb darauf achten, daß die Quote der Schwerbehinderten im Landesdienst weiter gesteigert wird. Die verstärkte Integration Behinderter auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt werden wir schrittweise vorantreiben. Schwerbehinderte Frauen und Jugendliche werden bevorzugt berücksichtigt; denn sie sind in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aller Kritik zum Trotz sage ich Ihnen: Frauenpolitik hat trotz der Zusammenlegung von Frauen- und Sozialministerium nicht an Stellenwert verloren

(Lachen bei den Grünen - Unruhe)

- hat damit nicht an Stellenwert verloren! -, sondern wird gewinnen. Erfolgreiche Projekte werden wir fortsetzen.

(Unruhe)

- Erfolgreiche Projekte, habe ich gesagt, werden wir fortsetzen.

(Frau Pawelski [CDU]: Welche?)

Für die nächsten Jahre sage ich voraus, daß von dem neu gebildeten Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales mehr Impulse ausgehen werden als je zuvor.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

- Mehr Impulse ausgehen werden als je zuvor!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das gilt besonders für die Verbesserung der Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Frau Bührmann ist schon nach Hause gegangen!)

Das gilt für die Bildung und Qualifikation von Mädchen. Im übrigen - auch das ist deutlich geworden -: Frauenpolitik bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe, die in allen Ministerien auf der Tagesordnung bleibt.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Wir können eine erfreuliche Bilanz sozialdemokratischer Umweltpolitik ziehen.

(Schwarzenholz [GRÜNE]: Was?)

Die Nationalparke Harz und Elbtalau entwickeln sich zu ökologischen Aushängeschildern

(Zustimmung bei der SPD)

und bieten interessante regionalwirtschaftliche Perspektiven. Auch das ist hier arg diskutiert worden. Es ist versucht worden, von wem auch immer, daraus Wahlkampfsüppchen zu kochen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Der Funke bei der Landfrauen! - Unruhe)

Nichts war es, wie sich gezeigt hat! Die konsequente Politik, die wir da gemacht haben, haben die Wählerinnen und Wähler honoriert, und das, meine Damen und Herren, wird so bleiben!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihr Geschrei doch noch im Ohr. War nichts!

(Frau Harms [GRÜNE]: Sie haben doch da gar keinen Wahlkampf gemacht! Es hat sich doch gar kein Minister außer Herrn Funke mehr an die Elbe getraut!)

Diese Politik, die wir auch und gerade auf diesem Sektor gemacht haben, war erfolgreich. Die Menschen in diesem Lande haben das gemerkt und mit einer Mehrheit für die Sozialdemokratische Partei honoriert, meine Damen und Herren. So ist das!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben also überhaupt keinen Grund, meine Damen und Herren, diese erfolgreiche Umweltpolitik zu verändern. Warum sollten wir das auch?

(Frau Harms [GRÜNE]: So gut, daß die beiden Ministerinnen dann weiterbefördert worden sind!)

- Wie bitte?

(Frau Harms [GRÜNE]: Ich finde es gut, daß diese beiden Ministerinnen, die so erfolgreich ihre Ressorts geführt haben, weiterbefördert worden sind!)

- Verzeihen Sie, ich verstehe Sie wirklich nicht, Frau Fraktionsvorsitzende.

(Frau Harms [GRÜNE]: Ich finde, das war deutlich, Herr Ministerpräsident!)

Erinnern Sie sich doch einmal an die letzten Debatten vor der Wahl. Was haben Sie uns alles vorgeworfen, und was haben Sie uns prophezeit, was uns die Wähler so alles antun würden! Und was haben sie gemacht? - Sie haben die Politik, die wir gemacht haben, bestätigt! So ist es gewesen!

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Nicht an der Elbe!)

Einen guten Rat will ich der Opposition noch geben.

(Frau Harms [GRÜNE] (lachend): Noch einen!)

Wenn die Wirklichkeit

(Frau Harms [GRÜNE]: Wir sollen ein neues Programm schreiben! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- hören Sie doch mal einen Moment zu! - anders verläuft, als Sie sich das vorstellen, dann muß das nicht an einer falschen Wirklichkeit liegen; das kann auch an Ihnen liegen, meine Damen und Herren. Das ist gelegentlich so.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Das gilt für Sie auch, Herr Wulff. - Zu neuen Erfolgen kommt man erst, wenn man die Wirklichkeit zur Kenntnis nimmt. Nichts anderes!

(Beifall bei der SPD - Fischer [CDU]: Wenn es einen Ehrendoktor für Arroganz gäbe!)

Das kommt auch auf Sie zu. Irgendwann müssen Sie begreifen, was geht und was nicht geht,

(Fischer [CDU]: Ehrendoktor für Arroganz!)

und dann haben Sie ja vielleicht irgendwann noch mal eine Chance. Was glauben Sie?

(Zustimmung bei der SPD - Gabriel [SPD]: Nicht so freigiebig!)

- Nein, ich habe ja gesagt „irgendwann noch mal“. Du brauchst keine Angst zu haben!

(Gabriel [SPD]: Mach keinen Scheiß! - Unruhe)

Ich bin da ganz sicher.

(Frau Pawelski [CDU]: Arroganz der Macht!)

Nur: Das setzt voraus, daß man so ein paar Lernerfahrungen macht, sich nicht hinsetzt und sagt, man müsse gar nichts lernen, nur die anderen müßten das.

(Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Aber lassen wir das, meine Damen und Herren.

Ich sage zur Umweltpolitik in Niedersachsen

(Möllring [CDU]: Jetzt nichts mehr!)

ganz entgegen dem, was man bei der Landesregierung und insbesondere bei Frau Griefahn abladen wollte, und ganz im Gegensatz zu den Attacken gegen sie, bei denen es gelegentlich weit über das Ziel hinausging und auch das Maß des menschlich Erträglichen überschritten wurde - das ging weit über das vernünftige Maß hinaus -: Wir können nicht feststellen, daß wir die Umweltpolitik, die wir in den letzten acht Jahren betrieben haben, zu ändern hätten. Das Wahlergebnis gibt einen solchen Ratschlag nicht her, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ihr habt doch Frau Griefahn im Wahlkampf versteckt!)

Es ist eher umgekehrt. Die Gnadenlosigkeit, mit der Sie versucht haben, die politische Karriere einer jungen Frau zu zerstören,

(Lachen und Unruhe bei der CDU)

hat sich eben nicht ausgezahlt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Wen meinen Sie denn?)

Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß man nicht in allen Punkten einer Meinung ist. Zu all den Attacken, die gemacht worden sind - da gab es

ja so ein paar Hauptdrahtzieher, und die sitzen wieder in dieser Fraktion -,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie haben Frau Griefahn doch versteckt!)

habe ich doch immer gesagt: Wann in dieser Landesregierung wer was macht, bestimmt nicht die Opposition.

(Fischer [CDU]: Sie haben der Frau in der Fraktion doch die Beine weggehauen!)

Recht haben wir gehabt. So war es doch!

(Beifall bei der SPD)

Also, ich sage Ihnen - damit das ganz klar ist -: Das wird auch in Zukunft so sein.

(Unruhe)

Zurück zur Umweltpolitik: Das Ziel einer nachhaltigen Steigerung der Effektivität und der Dienstleistungsfunktion der Verwaltung soll auch in der Umweltpolitik, für die der Kollege Jüttner verantwortlich ist, verfolgt werden. Dabei will ich überhaupt nicht bezweifeln, daß Vorschriften und Regelungen durchaus geholfen haben, die Umweltqualität zu verbessern. Mir scheint aber, meine Damen und Herren, daß wir heute an einem Wendepunkt angelangt sind, an dem eine weitere Zunahme ordnungsrechtlicher Maßnahmen keinen vertretbaren Nutzen mehr für die Umwelt und die Menschen bringt. Wir müssen deshalb darauf achten, daß der Verwaltungsaufwand in vernünftigem Rahmen bleibt. Schließlich geht es darum, umweltpolitische Schutzziele zu erreichen, und nicht um symbolhafte Selbstzwecke. In diesem Sinne führt eine Optimierung der Verwaltung - davon bin jedenfalls ich überzeugt - zu einer weiteren Verbesserung der Umwelt- und Standortqualität.

Um die Akzeptanz für umweltpolitisch notwendige Maßnahmen zu erhöhen, wollen wir weiter mit allen interessierten gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten und gemeinsame Zielvereinbarungen und neue Kooperationsmodelle entwickeln. Ein Beispiel ist der laufende Dialogprozeß um die Umsetzung der Agenda 21. Er hat zu vielen einvernehmlich verabschiedeten Ergebnissen geführt, die nach unseren Möglichkeiten umgesetzt werden sollen. Ein Schwerpunkt wird dabei die Entwick-

lung eines Klimaschutzpolitischen Aktionsplans sein.

Dabei werden wir das Ziel, 10 % der Landesfläche für den Naturschutz zu sichern, weiterverfolgen und schrittweise umsetzen. Auf landeseigenen Flächen werden wir dabei nach wie vor Vorbild sein.

Wir werden unser Programm zum Schutz des Grundwassers fortsetzen. Die bewährten Schutzvereinbarungen sollen für jedes Wassereinzugsgebiet realisiert werden. Wir arbeiten daran, daß die Verschmutzungen, die über die Luft ins Wasser gelangen, vermindert werden.

Bewährtes wird fortgesetzt. Das gilt auch für die Abfallpolitik. Beispielhaft nur eine Zahl, meine Damen und Herren: Die Siedlungsabfälle haben sich in den letzten acht Jahren fast halbiert. Viele neue Arbeitsplätze entstanden im Bereich der Abfallverwertung.

„Konsens statt Konfrontation“ - diesen Weg, meine Damen und Herren, geht auch die 4. Regierungskommission unter Mitarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Umweltverbänden. Während wir in der Frage der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bundesweit einen Spitzenplatz einnehmen - auch das gehört einmal selbstbewußt gesagt: bundesweit einen Spitzenplatz einnehmen - und beispielgebend Überwachungserleichterungen bei Öko-Audit-Betrieben eingeführt haben, gibt es bei den neuen Technologien und Produkten - das ist zuzugestehen - noch erheblichen Diskussions- und Entwicklungsbedarf. Dabei wird diese Kommission sicherlich helfen können.

Die Marktvorteile, die ökologisch wirtschaftende Unternehmen häufig haben, sollen durch eine stärkere Vernetzung von Umweltwissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft weiterentwickelt werden. Der Umwelttechnologiemarkt expandiert weiter und hat in Deutschland schon eine Million zukunftsfrüchtige Arbeitsplätze geschaffen. Niedersachsen will und wird einen steigenden Anteil zu dieser Entwicklung beitragen.

Der Ausstieg aus der Kernenergie bleibt Ziel meiner Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dabei realistisch bleiben, und wir werden dabei auf dem Boden der Gesetzlichkeit bleiben - eine blanke Selbstverständlichkeit, die nur erwähnt werden muß, weil gelegentlich mehr verlangt worden ist. Das heißt, keine Abstriche bei der Reaktorsicherheit, was etwa die 480 Millionen DM, die seit 1990 in das Kernkraftwerk Stade investiert worden sind, belegen. Und das heißt, weiter nach einem Konsens in der Energie- und Entsorgungspolitik zu suchen. Die Versuche, zu einem solchen Konsens zu kommen, sind bislang gescheitert. Ich glaube, nach den Bundestagswahlen wird man darauf zurückkommen, und ich bin, was die Frage der programmatischen Grundlagen angeht, ohne jeden Autorenstolz sehr optimistisch.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz etwas zur inneren Sicherheit sagen. Sie ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Ich meine, das ist in der Art und Weise, wie der Innenminister - mein Stellvertreter - dieses Thema behandelt hat, auch deutlich geworden. Deutlich geworden ist dabei auch, daß es uns nicht nur, aber auch und entschieden um die Bekämpfung der Erscheinungsform jedweden Verbrechens geht, dabei aber eben immer auch um die Bekämpfung seiner Ursachen. Beides gehört zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, daß sich die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen sicher fühlen. Darauf haben die Menschen einen Anspruch. Dafür hat die Landesregierung viel getan.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

- Ich sage es gleich; hören Sie doch zu. - Die Polizei ist heute besser ausgebildet, sie arbeitet wirksamer und bürgernäher.

Die Erfolge, meine Damen und Herren, sind offenkundig, auch wenn Sie sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die Aufklärungsquote konnte in den letzten Jahren stetig verbessert werden,

(Möllring [CDU]: Weil niemand mehr eine Anzeige macht!)

und die Zahl der Straftaten ist entgegen dem Bundesdurchschnitt im Verhältnis zur Einwohnerzahl - hören Sie genau zu - niedriger als vor zehn Jahren.

Die Landesregierung wird ihren erfolgreichen Weg mit der Reform der Polizei fortsetzen. Dezentralisierung, Delegation von Verantwortung, der Abbau von Hierarchien und die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente helfen, die vorhandenen Ressourcen der Polizei noch besser zu nutzen. Die Effizienzgewinne in der Verwaltung kommen direkt und sichtbar der unmittelbaren polizeilichen Arbeit zugute.

Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung soll durch eine möglichst hohe sichtbare Präsenz der Polizei Rechnung getragen werden. Nach der Polizeireform stehen dafür jetzt 1.400 Beamtinnen und Beamte zusätzlich zur Verfügung.

Die Fälle der zurückliegenden Wochen haben es, wie ich meine, für alle traurig bestätigt: Der Schutz der Allgemeinheit, besonders der Kinder, vor gefährlichen Sexualstraftätern muß weiter verbessert werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir müssen daher die staatlichen Aktivitäten und die gesellschaftlichen Anstrengungen zur Vermeidung sexueller Straftaten gegen Kinder fortsetzen und intensivieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Angesichts zunehmender Jugend- und Gewaltkriminalität muß bereits vor dem Abgleiten in Kriminalität angesetzt werden. Die Zunahme der Jugendkriminalität ist besorgniserregend. Auffällig ist, daß es eine deutliche Verschiebung hin zu jüngeren Straftätern gibt und daß verstärkt Jugendliche nicht nur Täter, sondern eben auch Opfer sind. Der Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität macht deutlich, daß die beste Kriminalitätsbekämpfung eine verantwortungsbewußte Sozial- und vor allem Beschäftigungspolitik ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn junge Menschen von Armut und Ausgrenzung betroffen sind und keine Perspektive für Auswege aus eigener Kraft sehen, muß Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen nicht verwundern. Das sagt auch derjenige, der das keineswegs als Entschuldigung, sondern als Erklärung gelten lassen will. Ausbildung und Beschäftigung sind das eine, Prävention im übrigen das andere. Dazu müssen die Polizei und diejenigen Behörden, gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen eingebun-

den werden, die aufgrund ihres Sachverstandes einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leisten können.

Daneben müssen auch die rechtlichen Instrumentarien zur Bekämpfung schwerer und organisierter Kriminalität verschärft werden. Bei der elektronischen Wohnraumüberwachung hat die Landesregierung aktiv an der gesetzlichen Regelung mitgewirkt. Die organisierte Kriminalität muß aber auch an ihrem Lebensnerv, nämlich dem Geld, getroffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung jedenfalls bislang verhindert. Genau das muß abgestellt werden.

Dennoch: Wir stellen uns in Niedersachsen bereits jetzt auf das Inkrafttreten von Regelungen ein, die den Zugriff auf verbrecherisch erlangtes Vermögen erleichtern. So werden wir in einem gemeinsamen Modellvorhaben von Staatsanwaltschaft, Polizei und Steuerfahndung und in Zusammenarbeit mit der Zollfahndung Vermögensermittler einsetzen, um Kriminellen wesentlich wirksamer als bisher ihre Erträge aus Straftaten zu entziehen.

Wir haben die Einrichtung örtlicher Präventionsräte angeregt und gefördert. Bereits in mehr als 50 Städten und Gemeinden setzen sich Vertreter von Kommunalverwaltung, Polizei und Justiz mit Ehrenamtlichen aus Vereinen und sozialen Institutionen mit den Erscheinungsformen, Ursachen und Auswirkungen der örtlichen Kriminalität auseinander und entwickeln gemeinsam Konzepte zur Vorbeugung. Diese Aktivitäten gilt es auszuweiten und besonders in großen Städten und Ballungsräumen zu intensivieren.

In Hannover haben wir eine Sicherheitspartnerschaft bereits auf den Weg gebracht. Das werden wir auch in anderen Städten tun. Wir werden den Bundesinnenminister beim Wort nehmen und erwarten, daß er seinem Angebot, die Länderpolizeien zu unterstützen, auch wirklich Taten folgen läßt.

(Beifall bei der SPD)

Daran mangelt es nämlich bei Herrn Kanther jedenfalls bisher.

Im Bereich der Strafrechtspflege steht das Bedürfnis nach Einzelfallgerechtigkeit, Genugtuung gegenüber dem Opfer und Vorbeugung gegen Straftaten im Mittelpunkt der Kriminalpolitik der Landesregierung. Um dies zu erreichen, muß die Dauer von Strafverfahren durch das sogenannte beschleunigte Strafbefehlverfahren deutlich verkürzt werden.

Meine Damen und Herren, die Wiedergutmachung gegenüber den Opfern werden wir durch einen konsequenten landesweiten Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs weiter fördern. Gemeinsam mit freien Organisationen werden wir einen Opferentschädigungsfonds initiieren, damit Opfer so schnell wie möglich materiell entschädigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Zuschnitt der Gerichte wird weiter überprüft, um eine ausreichende Spezialisierung in der Rechtsprechung zu erreichen. Wir werden deshalb auch künftig die freiwillige außergerichtliche Konfliktschlichtung fördern. Im Bereich des Justizvollzuges bedeutet dies, daß die Schließung unwirtschaftlicher Organisationseinheiten und die Zusammenführung von Anstalten kein Tabu mehr sein werden.

Ich habe mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf die Schwerpunkte der Reformpolitik für die vor uns liegenden fünf Jahre dieser Legislaturperiode konzentriert. In der damit notwendigen Beschränkung liegt keine Wertung; sie bezeichnet lediglich die Prioritäten. Aber das war und ist auch notwendig.

An dieser Stelle will ich denen danken, die aus dem Kabinett ausscheiden: Frau Christina Bührmann, Frau Monika Griefahn, Frau Helga Schuchardt, Herrn Willi Waake und Herrn Rolf Wernstedt. Jeder für sich hat auf seine Weise das Land, so meine ich, vorangebracht. Die, die ihnen nachfolgen, können darauf bauen. Ich danke denjenigen, die mit mir zusammen in diesen Jahren gearbeitet haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Politik der wirtschaftlichen Erneuerung und der Modernisierung von Staat und Gesellschaft ist ohne Alternative. Es geht in der Bundesrepublik in diesem Jahr darum, wer von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag erhält, Deutschland in das kommende Jahr-

hundert, das zugleich das nächste Jahrtausend ist, zu führen.

(Zuruf von der CDU)

- Sie haben sich schon einmal geirrt. Seien Sie mal vorsichtig! Sie haben auch vor der letzten Wahl etwas anderes zum Wahlausgang gesagt. Seien Sie also mal ganz zurückhaltend! Ihre Irrtümer sind meistens unsere Freude.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

- Wir werden es ja sehen. Warten wir es doch ab!

Die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen haben sich durch ihr Votum vom 1. März für die Kontinuität in Niedersachsen entschieden. Sie haben damit zugleich eine Vorentscheidung darüber getroffen, wer die Sozialdemokraten in den nächsten Bundestagswahlkampf führen wird.

Meine Damen und Herren, diese Regierungserklärung ist eine politische Kursbestimmung für Niedersachsen. Es zeigt sich, daß grundlegende Verbesserungen für die Perspektive unseres Landes nur möglich werden, wenn die Politik für die ganze Republik erneuert wird.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich sage: Dieser Wechsel ist nötig. Ich versichere all denen, die meiner Partei und mir am 1. März ihr Vertrauen gegeben und mir damit erneut die Verantwortung für Niedersachsen übertragen haben: Ich werde Sie nicht enttäuschen, und ich werde dafür kämpfen, daß der Wechsel in Deutschland eintritt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung.

(Zurufe von der SPD: Wir auch!)

Die morgige Sitzung beginnt um 9.30 Uhr mit der Aussprache über die Regierungserklärung.

Ich weise noch einmal darauf hin, meine Damen und Herren, daß der Ältestenrat jetzt gleich zu seiner ersten Sitzung im Raum 234 zusammentritt.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Damit ist die heutige Sitzung beendet.

Schluß der Sitzung: 17.33 Uhr.